

Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus

Kurtenbach, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurtenbach, S. (2019). *Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus*. (FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie, 1). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66435-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



FGW-Studie

Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 01

Lynn Berg, Andreas Zick (Hrsg.)



Sebastian Kurtenbach

Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus



Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.)
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Liquidator_innen (vormals geschäftsführender Vorstand)

Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Dirk Messner

Themenbereich

Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie
Prof. Dr. Andreas Zick, Themenbereichsleitung
Lynn Berg, wissenschaftliche Referentin

Layout

Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN

2699-1446

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, November 2019

Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus

Auf einen Blick

- Im deutsch- und englischsprachigen Forschungsstand zu Rechtspopulismus und Raum findet sich ein unklares Bild über die Zusammenhänge zwischen räumlichen Merkmalen und dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien, was nicht zuletzt an den unterschiedlichen empirischen Vorgehensweisen bisheriger Studien liegt. Allerdings zeigen sich einige konstante Ergebnisse. So haben soziale Segregation, sichtbare Diversität und der vorherige Wahlerfolg von Rechtsextremisten vor Ort einen Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten.
- Bei einer multivariaten Typisierung von Kreisen und kreisfreien Städten auf der Grundlage von Sozialstruktur-, Infrastruktur-, Wahl- und Umfragedaten konnten Räume isoliert werden, in denen die AfD besonders hohen Zuspruch erfährt. Es sind vor allem Orte unter wirtschaftlichem Druck, an denen relativ große Teile der Bevölkerung fremdenfeindliche Einstellungen teilen.
- In einer kleinräumigen Analyse west- und ostdeutscher Kommunen zeigen sich vier miteinander verknüpfte Trends: Die AfD ist dort besonders erfolgreich, wo, erstens, relativ viele von Armut bedrohte Menschen leben, zweitens rechtsextreme Parteien in der Vergangenheit Geländegewinne erzielen konnten und, drittens, liberale Parteien in der Vergangenheit nicht erfolgreich waren. Der vierte Aspekt unterscheidet sich nach den neuen und alten Ländern. In Ostdeutschland profitiert die AfD von der Schwäche der CDU, in Westdeutschland von der Schwäche der SPD.
- Aus den Befunden ist abzuleiten, dass weniger migrations- als sozial- und regionalpolitische – zum Teil struktureller Art – Maßnahmen helfen würden, den Wahlerfolg von Rechtspopulisten zu limitieren.

Kurzfassung

Der Wahlerfolg der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2017 hat eine Debatte über die Hintergründe des Wahlerfolgs von Rechtspopulisten ausgelöst. In der vorliegenden Studie wird mit der räumlichen Perspektive ein vergleichsweise wenig diskutierter Aspekt aufgeschlossen und nach Gründen für die regionale Ungleichverteilung der Stimmen für die Rechtspopulisten in Deutschland gefragt.

Im ersten Teil wird der deutsch- und englischsprachige Forschungsstand zu Rechtspopulismus und Raum in Westeuropa aufgearbeitet. Danach ergeben sich Einflussfaktoren, die eine erklärende Kraft für die Wahl von Rechtspopulisten haben, wie die Armutsquote, sichtbare Diversität im öffentlichen Raum, der Wahlerfolg rechtsextremer Parteien in der Vergangenheit sowie die Kirchenbindung der lokalen Bevölkerung. Im zweiten Teil wird zuerst eine Typisierung auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte unternommen, wozu Sozialstruktur-, Infrastruktur-, Wahl- und Umfragedaten miteinander kombiniert werden. Das Ergebnis zeigt, dass die AfD an Orten mit wirtschaftlichen Herausforderungen erfolgreich ist, insbesondere wenn relativ große Teile der Bevölkerung fremdenfeindliche Einstellungen teilen. Anschließend werden acht Großstädte auf der kleinräumigen Ebene nach sozialstrukturellen Zusammenhängen mit dem Wahlerfolg der AfD untersucht.

Abstract

The electoral success of the Alternative for Germany (German: Alternative für Deutschland, AfD) at the Bundestag elections in 2017 has given rise to a debate concerning the reasons of the success of right-wing populist parties. This study takes a spatial perspective and thus focuses on a barely discussed aspect. It asks for the reasons, why right-wing populists are successful in some regions while they are not in others.

In the first part of this expertise the current state of research in English- and German-language literature on right-wing populism and space in Western Europe is reviewed. The review shows that factors such as the poverty rate, visible diversity in public spaces, the past electoral success of right-wing extremist parties as well as the local population's commitment to the church can contribute to explaining the electoral success of right-wing populists. In the second part, the German counties and unincorporated cities are typed by using data on social structure and infrastructure, election results and survey data. The result shows that the AfD is successful in economically challenged places, particularly if a relatively big part of the population shares xenophobic attitudes. Subsequently eight cities were examined on small-scale level regarding socio-structural correlations with the electoral success of the AfD.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Forschungsstand	2
2.1 Empirische Befunde	5
2.1.1 Empirische Befunde zur Kontakthypothese	6
2.1.2 Empirische Befunde zur Konflikthypothese/Bedrohungshypothese	10
2.1.3 Empirische Befunde zur Marginalisierungshypothese/ Deprivationshypothese/ Globalisierungsverliererhypothese.....	11
2.1.4 Empirische Befunde zur Sozialkulturhypothese	12
2.2 Folgerungen und empirische Implikationen	15
3. Empirisches Design	17
4. Auswertung der Bundestagswahl 2017 auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte 18	
4.1 Datenauswahl und -aufbereitung	18
4.2 Räumliche Typisierung	20
5. Kleinräumige Auswertung der Bundestagswahl 2017 in ausgewählten kreisfreien Städten	24
5.1 Ausgewählte Kommunen	24
5.2 Fallauswertung	27
5.2.1 Fallauswertung: Dresden	27
5.2.2 Fallauswertung: Düsseldorf	30
5.2.3 Fallauswertung: Erfurt	35
5.2.4 Fallauswertung: Essen	39
5.2.5 Fallauswertung: Hamburg	43
5.2.6 Fallauswertung: Köln	47
5.2.7 Fallauswertung: Leipzig	51
5.2.8 Fallauswertung: Rostock.....	55
5.3 Integrierte Auswertung	57
6. Fazit	60
6.1 Regionale und kleinräumige Muster	60
6.2 Politische Implikationen	61
6.3 Weiterer Forschungsbedarf	62
Literatur	64
Über den Autor	69

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Publikationstyp	3
Abbildung 2: Verwendeter Datentyp, Mehrfachnennung möglich.....	3
Abbildung 3: Raumverständnis	4
Abbildung 4: Theoriebezug in den Publikationen, Mehrfachnennung möglich.....	5
Abbildung 5: Zusammenhang zwischen sozialer Segregation und Zweitstimmenanteil für die AfD in Dresden	27
Abbildung 6: Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation und Zweitstimmenanteil für die AfD in Dresden	28
Abbildung 7: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils.....	29
Abbildung 8: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils.....	30
Abbildung 9: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD.....	31
Abbildung 10: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD.....	32
Abbildung 11: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017	33
Abbildung 12: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017	34
Abbildung 13: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017	35
Abbildung 14: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017	36
Abbildung 15: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD.....	37
Abbildung 16: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD	38
Abbildung 17: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen	39
Abbildung 18: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen	40
Abbildung 19: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen	41
Abbildung 20: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen	42
Abbildung 21: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg	43
Abbildung 22: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg	44
Abbildung 23: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg.....	45
Abbildung 24: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg.....	46
Abbildung 25: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln	47

Abbildung 26: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln	48
Abbildung 27: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln	49
Abbildung 28: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln	50
Abbildung 29: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig	51
Abbildung 30: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig	52
Abbildung 31: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig.....	53
Abbildung 32: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig.....	54
Abbildung 33: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Rostock	55
Abbildung 34: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Rostock.....	56
Abbildung 35: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017	57
Abbildung 36: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017	58
Abbildung 37: Korrelationskoeffizient des Zweitstimmenanteils der AfD 2017 im Vergleich zu 2013	59

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht der Indikatoren die auf der räumlichen Ebene einen eindeutigen Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien haben	16
Tabelle 2: Ergebnisse der Faktorenanalyse	19
Tabelle 3: Indikatoren Clusteranalyse	21
Tabelle 4: Übersicht zur Clusterlösung.....	22
Tabelle 5: Indikatoren der ausgewählten Kommunen, Datenstand 31.12.2017	26

1. Einleitung

Mit dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den 19. Deutschen Bundestag sitzt seit 2017 zum ersten Mal eine rechtspopulistische Partei in Fraktionsstärke im gesamtdeutschen Parlament. Wenn auch das Wahlergebnis von 14,9 Prozent der Zweitstimmen eindrücklich erscheint, so löst sich dieser Eindruck mit einem genaueren Blick auf die räumliche Verteilung der Stimmen auf. In einigen Regionen, wie dem östlichen Sachsen, erfuhr die AfD deutlichen Zuspruch; landesweit wurde sie in Sachsen sogar zur stärksten Partei. In anderen Regionen, wie dem Ems- oder Münsterland schafften es die Rechtspopulisten kaum über die Fünf-Prozent-Hürde. Ähnliche Verteilungen sind auch innerhalb der Städte zu beobachten.

Solche Unterschiede können wir aus einer stadtsoziologischen Perspektive heraus vorerst nicht erklären, denn die soziologische Stadtforschung in Deutschland hat sich des Phänomens Rechtspopulismus bislang noch nicht oder nur sehr vereinzelt angenommen. Die vorliegenden raumbezogenen Ergebnisse stammen eher aus der Politikwissenschaft oder der Ökonomie. Der Vorteil einer stadtsoziologischen Perspektive auf räumliche Aspekte des Rechtspopulismus ist aber, einerseits ein breiteres und damit analytisch tieferes Raumverständnis gewinnen und andererseits sozialstrukturelle und soziokulturelle Determinanten konsequent einbeziehen zu können.

Insofern stellt sich die Frage, ob es räumliche Determinanten für den Wahlerfolg der AfD gibt und welche Muster der Veränderung, auch im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen anderer Parteien, festzustellen sind. Es ist nicht davon auszugehen, dass es monokausale Erklärungen und Abhängigkeiten gibt, sondern vielmehr, dass unterschiedliche Typen existieren. Daher verfolgt die vorliegende Expertise drei Ziele:

- (1) Das Raumverständnis der bisherigen Arbeiten zu raumbezogenen Untersuchungen des Rechtspopulismus in Deutschland (und Westeuropa) soll herausgearbeitet und theoretische Befunde des Forschungsstandes aufgezeigt werden.
- (2) Regionale Muster des Wahlerfolgs der AfD bei Bundestagswahlen sollen explorativ herausgearbeitet werden.
- (3) Es werden anhand ausgewählter Kommunen Wahlerfolge der AfD auf kleinräumiger Ebene untersucht, um auch hier Implikationen abzuleiten.

Durch die differenzierte räumliche Analyse soll, neben der Identifizierung sozialstruktureller und soziokultureller Determinanten des Wahlerfolgs der AfD bei der Bundestagswahl 2017, eine empirisch informierte räumliche Typisierung vorgenommen werden. Dadurch wird es möglich zu verstehen, wie es an offenbar gegensätzlichen Orten, wie z. B. dem ostsächsischen Bautzen und der nordrhein-westfälischen Großsiedlung Köln-Chorweiler, zu Wahlerfolgen der AfD kommt, während dies weder im großstädtischen München noch im ländlichen Emsland der Fall ist.

Die Expertise ist wie folgt aufgebaut. Nach der Einleitung wird der Forschungsstand zu räumlichen Aspekten des Rechtspopulismus strukturiert nach ausgewählten Gesichtspunkten besprochen. Im anschließenden dritten Kapitel wird das Forschungsdesign vorgestellt. Im vierten bis sechsten Kapitel

werden empirische Analysen zum Wahlerfolg der AfD auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen unternommen, darunter auch eine Typisierung auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städten, da hierfür die meisten Daten zur Verfügung stehen. Im abschließenden Fazit werden die Ergebnisse der Arbeit reflektiert und weitergehender Forschungsbedarf formuliert.

2. Forschungsstand

In der stadtsoziologischen Literatur gibt es nur wenige Arbeiten zum Rechtspopulismus. Es wurden aber einige Arbeiten aus räumlicher Perspektive veröffentlicht. Diese bilden gemeinsam den Korpus des Forschungsstandes, welcher aufgearbeitet wurde. Ausgewählt wurden deutsch- und englischsprachige empirische Arbeiten, die zwischen dem 1.1.2010 und dem 31.8.2018 publiziert wurden¹ und sich im Schwerpunkt auf Deutschland oder, sekundär, auf Westeuropa beziehen. Bei der Festlegung von Studien für den Korpus wurde eine mehrstufige Recherche unternommen. Im ersten Schritt wurden raumbezogene Studien zur AfD in deutscher Sprache in unterschiedlichen Plattformen, wie google Scholar, Spinger Link oder De Gruyter recherchiert.² Dazu dienten die Schlagworte *Rechtspopulismus* sowie *AfD* und *Alternative für Deutschland* in Kombination mit den Schlagwörtern *Stadt*, *Raum* oder *Nachbarschaft*. Im zweiten Schritt wurden internationale Publikationen, mit einem Schwerpunkt auf begutachtete Artikel, in mehreren Datenbanken recherchiert (z. B. im Web of Science³). Hier wurden die Schlagwörter *right-wing populism* sowie *city*, *neighborhood* und *neighbourhood* verwendet. Im dritten Schritt wurden die Literaturverzeichnisse der bis dahin vorliegenden Studien gesichtet, um weitere Arbeiten zu identifizieren. Nicht aufgenommen wurden Studien zu Volksabstimmungen (z. B. Brexit)⁴, Mitgliedschaften in rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien (z. B. British National Party)⁵ oder einzelnen lokalen Protesten (z. B. PEGIDA)⁶. Komplexer als erwartet fiel die Abgrenzung zu Studien über den Rechtsextremismus aus, denn hier gibt es zahlreiche Überschneidungen in der Benennung des Phänomens. Um aber ein möglichst umfassendes Bild zu gewinnen, wurden Studien, welche zwar vor allem das Themenfeld Rechtsextremismus behandeln, aber auf Rechtspopulismus rekurrieren, mit aufgenommen. Nicht mit aufgenommen wurden konzeptionelle Arbeiten oder solche, die nur am Rande oder deskriptiv Rechtspopulismus erwähnen, sowie reine Wahlberichte.

Alles in allem wurden so auf der Grundlage mehrerer orts- und zeitbezogener Recherchen 33 Arbeiten identifiziert. Die Publikationsarten umfassen sowohl Monografien (n = 2) als auch Zeitschriftenartikel (n = 25) und Forschungsberichte/Working Paper (n = 6) (Abbildung 1). Aufsätze in Sammelbänden wurden zwar gesucht, doch es fand sich kein eindeutig empirischer Beitrag mit Raumbezug zum Interessensgegenstand im Betrachtungszeitraum.⁷

¹ Vor allem in diesem Zeitraum haben in Westeuropa rechtspopulistische Parteien vermehrt Zuspruch erfahren, auch wenn es in einzelnen Ländern, wie Belgien mit der flämisch-nationalistischen Partei Vlaams Belang, bereits Vorläuferentwicklungen gab.

² Diese Plattformen bieten einen Zugang zu einem Großteil der publizierten wissenschaftlichen Literatur.

³ Weitere Plattformen waren sciencedirect.com, sagepub.com, onlinelibrary.wiley.com und www.taylorfrancis.com.

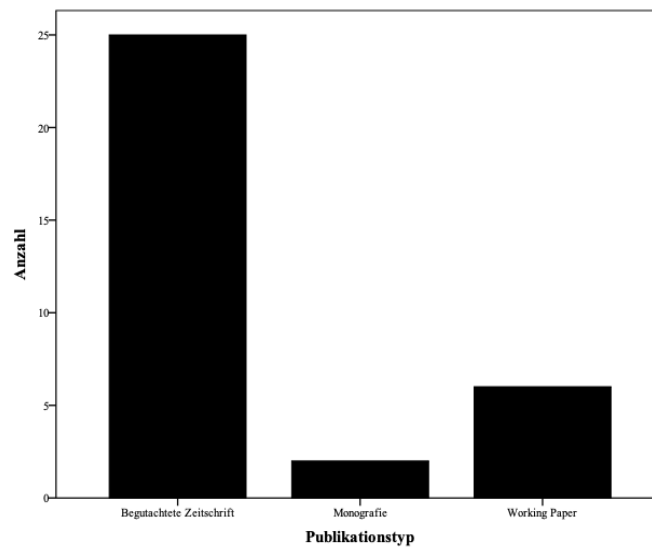
⁴ Siehe dazu: Batel/Devine-Wright 2018; Becker et al. 2018.

⁵ Siehe dazu: Bigs/Knaus 2012 oder Goodwin/Ford 2010.

⁶ Siehe dazu: Dostal 2015; Patzelt/Klose 2016.

⁷ Mit der Recherche wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

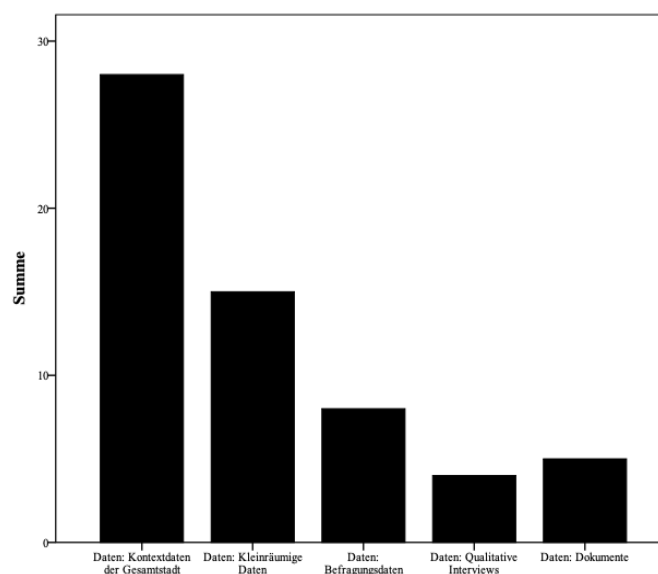
Abbildung 1: Publikationstyp



Quelle: Eigene Erhebung

Bei der Durchsicht der Publikationen fällt auf, dass es nur vereinzelt Studien gibt, die mit qualitativen Daten und Methoden arbeiten (Abbildung 2). Zumeist werden Umfragen, Wahldaten oder Zensusdaten ausgewertet und diese auf die jeweilige Fragestellung bezogen. Unter den Arbeiten, welche qualitative Daten und Methoden verwenden, finden sich zudem mehrere Mixed-Method-Studien (vgl. Kurtenbach 2018a; Schuermans/de Maesschalck 2010). Daher ist im Forschungsstand von einer Dominanz von Ergebnissen zu Fragestellungen auszugehen, welche vor allem mit quantitativen Daten beantwortet werden können.

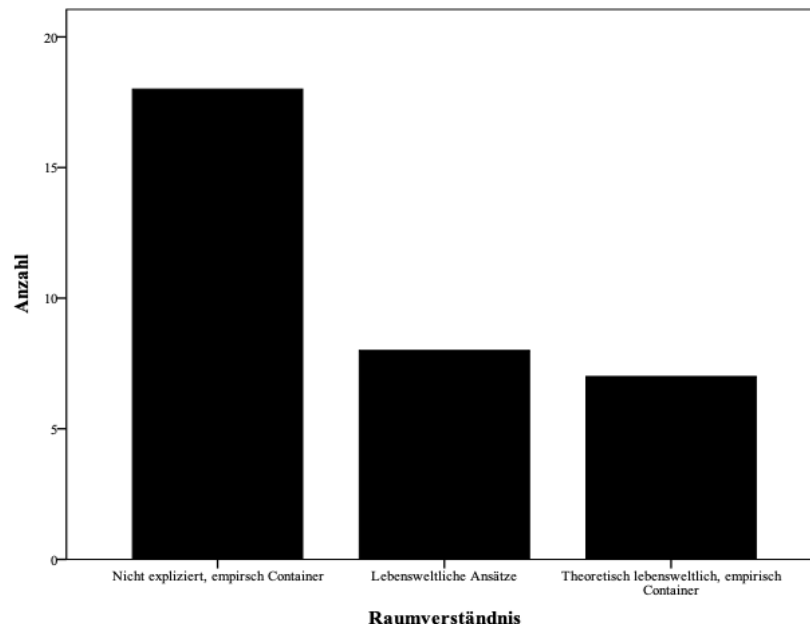
Abbildung 2: Verwendeter Datentyp, Mehrfachnennung möglich



Quelle: Eigene Erhebung

Entscheidend bei der Untersuchung räumlicher Aspekte des Rechtspopulismus ist das Raumverständnis, das zugleich zur ersten Leitfrage führt. Hier wurden im Grunde zwei konträre Konzepte entwickelt: zum einen die geografische Festlegung von Räumen, z. B. zum Zweck städtebaulicher Planung. Durch sie wird eine Stadt in geografische Subeinheiten, z. B. *census tracts*, geteilt und Verteilungen analysiert (vgl. Kurtenbach 2019) oder Effekte der Aggregateinheit Stadtteil auf individuelle Merkmale untersucht (vgl. Galster et al. 2016). Zum anderen wird Raum als soziales Konstrukt begriffen, welches durch Praktiken, biografische Erlebnisse oder Kommunikation erzeugt wird (vgl. Löw 2001). Auf diese Weise kann der Bezug zur individuellen Lebenswelt direkt hergestellt werden. Beide Perspektiven haben Vor- und Nachteile, und die Wahl der Perspektive hängt auch mit der genauen Forschungsfrage und den zur Verfügung stehenden Daten zusammen. Abbildung 3 zeigt die Verteilung des verwendeten Raumverständnisses in den zusammengetragenen Arbeiten zu räumlichen Aspekten des Rechtspopulismus.

Abbildung 3: Raumverständnis



Quelle: Eigene Erhebung

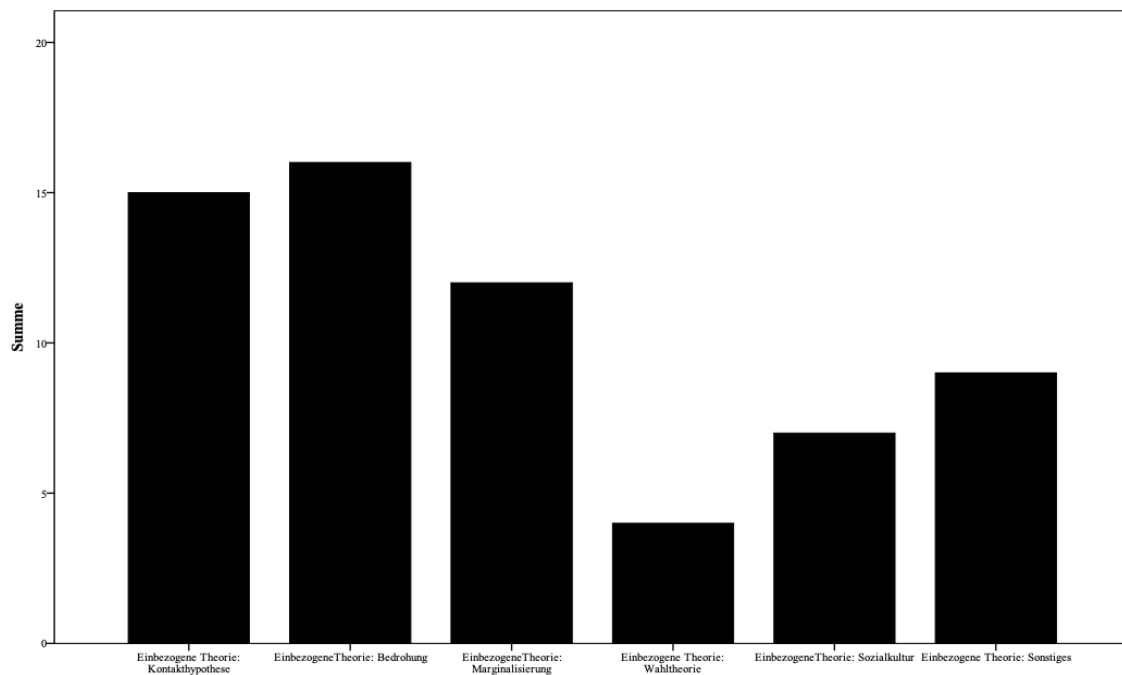
Beide Perspektiven untersuchen aber u. a. die Effekte des Raums auf individuelles Verhalten, sogenannte Kontexteffekte. In diesem Sinne sind Kontexteffekte definiert als „[...] Ergebnisse eines Prozesses der umweltvermittelten Anpassung des Individuums an eine im Wohngebiet als vorherrschend wahrgenommene Norm“ (Kurtenbach 2017a: 60). Ein solcher Kontexteffekt kann z. B. die wahrgenommene Norm der Ablehnung Geflüchteter sein, weswegen eher Parteien gewählt werden, welche dieser Präferenz entsprechen. Die Konstruktion der Norm kann demnach durch die lokalen Gegebenheiten beeinflusst werden.

Im Folgenden werden die empirischen Befunde der Arbeiten nach Theoriebezug diskutiert. Anschließend werden sowohl offene Fragen herausgearbeitet als auch eine Liste von Indikatoren präsentiert, die auf der räumlichen Ebene einen Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien haben.

2.1 Empirische Befunde

In nahezu keiner der Studien wird explizit auf eine Theorie oder ein theoretisches Modell Bezug genommen, um den Erfolg von Rechtspopulismus zu verstehen. Hier sind eher explorative oder von heuristischen Annahmen geleitete Arbeiten zu finden, wie von Rösel und Sonnenburg (2016), welche die Effekte der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern auf den Wahlerfolg der AfD untersuchen, mit dem Ergebnis, dass die Orte, welche besonders negativ von der Reform betroffen waren, einen erhöhten Anteil an AfD-Wähler_innen bei der Landtagswahl 2016 verzeichneten. Im Folgenden werden Studien zu Rechtspopulismus und Raum im Hinblick auf die vier Hypothesen(-familien) *Kontakthypothese*, *Bedrohungshypothese*, *Marginalisierungshypothese* und *Sozialstrukturhypothese* untersucht (Abbildung 4). Wahltheoretische Konzepte werden, aufgrund ihres anders gelagerten Fokus, in dieser Untersuchung außen vor gelassen.

Abbildung 4: Theoriebezug in den Publikationen, Mehrfachnennung möglich



Quelle: Eigene Erhebung

Die Befunde zu den einzelnen Hypothesen werden anschließend detailliert vorgestellt.

- *Kontakthypothese*: Mit der klassischen Arbeit von Allport (1954) als Ausgangspunkt geht die Kontakthypothese davon aus, dass persönliche Begegnungen von Menschen, welche unterschiedlichen Gruppen angehören – wie z. B. Menschen mit und ohne Behinderung oder Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte –, die Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Minderheit senkt. Im Kontext der hier ausgewerteten Studien mit explizitem Theoriebezug wird

zumeist die Hypothese geprüft, dass ethnische Diversität in einem gegebenen Raum einen negativen Effekt auf den Erfolg von Rechtspopulisten bei Wahlen habe.

- *Konflikthypothese/Bedrohungshypothese*: Konträr zur Kontakthypothese wurden mehrere ähnlich gelagerte Konzepte entwickelt wie die Konflikthypothese (vgl. Blumer 1958) oder verschiedene Bedrohungshypothesen (vgl. Quillian 1995). Danach wird Kontakt zwischen Gruppen als Bedrohung (*threat*) interpretiert, und rechtspopulistische Parteien erfahren Unterstützung, damit sie dieser Bedrohung mit Law-and-Order-Politik entgegenzutreten.
- *Marginalisierungs-/Deprivations-/Globalisierungs-/Modernisierungsverliererhypothese*: Hierbei handelt es sich um einige ähnlich gelagerte Überlegungen, die allesamt davon ausgehen, dass sich Menschen relational benachteiligt fühlen, was infolge von Modernisierungs- oder Globalisierungsprozessen oder im direkten Vergleich mit Konkurrenten auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt sowie bei Konkurrenz um wohlfahrtsstaatliche Leistungen geschehen kann. Demnach geht es um die Empörung über mangelnde soziale Gerechtigkeit. Folgende Beschreibung der Modernisierungsverliererhypothese ist im Kern auf das gesamte Konstrukt übertragbar: „Die These besagt, dass im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten Personen mit geringem Humankapital und niedrigem Einkommen einen besonderen Anstieg von wirtschaftlichen Unsicherheiten und materiellen Einbußen erfahren haben und daher im besonderen Maße von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen abhängig geworden sind“ (Lengenfeld/Dilger 2018: 182).
- *Sozialkulturhypothese*: Neben den sozialstrukturellen Elementen und den daraus erwachsenen Forderungen wird auch auf normative oder kulturelle Rahmenbedingungen verwiesen, welche einen Effekt auf die Präferenz rechtspopulistischer Parteien bei Wahlen haben können. Hier geht es weniger um die Deutung von Gruppen oder der eigenen relativen Position, als um gegebene oder sich verändernde kollektive Normen, die einen Effekt auf die Wahlentscheidung haben (vgl. Quent/Schulz 2015) oder von rechtspopulistischen Debatten beeinflusst werden (vgl. Kurtenbach 2018a; Rosenberger/Haselbacher 2016).

In der nachfolgenden detaillierten Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand werden zuerst die Befunde zur Kontakthypothese, als theoretischer Kern der Debatte, diskutiert. Dies ist der umfangreichste Teil der Darstellung. Anschließend werden Studien, welche sich auf die Konflikthypothese beziehen und nicht die Kontakthypothese untersuchen, analysiert. Im dritten Unterabschnitt werden die Befunde zur Marginalisierungshypothese vorgestellt und abschließend die Befunde zu soziokulturellen Einflussfaktoren des Raums auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien bzw. zu den Folgen einer solchen Wahl beleuchtet.

2.1.1 Empirische Befunde zur Kontakthypothese

Auffallend bei den Studien zur Kontakthypothese ist, dass zwar in der Regel auf das Referenzwerk *The nature of prejudice* von 1954 verwiesen wird, aber weder in der theoretischen Diskussion noch in der empirischen Untersuchung die von Allport selbst formulierten Rahmenbedingungen, die einen positiven Effekt des Kontakts unterschiedlicher Gruppen herbeiführen sollen, mit einbezogen werden.⁸

⁸ Zu einer ähnlichen Einschätzung kommen Dangschat/Alisch (2014: 201) in Bezug auf die Diskussionen zur sozialen Mischung von Wohngebieten.

Diese sind Statusgleichheit von Gruppen in der jeweiligen Situation, gemeinsame Ziele, gruppenübergreifende Kooperation sowie Unterstützung von Autoritäten (vgl. Pettegrew/Tropp 2006: 752), wobei ein Kontakt, welcher nicht unter diesen Bedingungen stattfindet, mitunter sogar Vorurteile verstärken kann (vgl. Amir 1976). Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass bereits flüchtige Begegnungen im öffentlichen Raum einen positiven Effekt ausüben können (vgl. Hüttermann 2017). In den hier ausgewerteten Studien zu räumlichen Aspekten des Rechtspopulismus wird nur selten eine einzelne Theorie, meist die Kontakthypothese, herangezogen. Überwiegend wird diese aber im Verbund mit der Konflikthypothese/Bedrohungshypothese diskutiert, die als Gegenhypothese zu verstehen ist. Zudem sind die Studien nach inhaltlichen Clustern gegliedert, die verschiedene Themenstränge in der Diskussion abbilden.⁹

Vier der Studien zur Kontakthypothese fokussieren sich auf den Effekt von Diversität auf die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien. Als Prädiktor für Diversität nutzen sie entweder die physiognomische Sichtbarkeit von Migration, gemessen durch strukturierte teilnehmende Beobachtungen¹⁰, oder das Vorhandensein von im Stadtteil lebenden Menschen aus *non-western countries*. In einer schwedischen Studie, welche Wahldaten zur Nationalwahl 2010 auf der Ebene der Wahlbezirke (n = 5.668) mit Daten zu Arbeitslosigkeit, Bildungsniveau und Anteil der sichtbaren Minderheitsbevölkerung unter den 800 nächsten Nachbar_innen kombiniert, zeigt sich, dass eine erhöhte Sichtbarkeit von Migration zur Unterstützung fremdenfeindlicher Parteien führt, insbesondere, wenn die Arbeitslosigkeit relativ hoch ist. Umgekehrt ist jedoch eine erhöhte Diversität bei gleichzeitig relativ hohem Bildungsniveau ein negativer Einflussfaktor auf den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien (vgl. Strömbblad/Malmberg 2016). Demnach reichen auf der räumlichen Ebene nicht alleine die Randbedingungen der Kontakthypothese, wie sie von Allport formuliert wurden. Auch die Frage des soziokulturellen Hintergrundes der jeweiligen Gruppen scheint von Bedeutung zu sein. Ebenfalls mit schwedischen Daten untersuchen Rydgren und Ruth (2013) den Effekt von Kontextfaktoren auf den Erfolg der rechtspopulistischen/rechtsextremen Schwedendemokraten. Dabei fokussieren sie sich vor allem auf mögliche Halo-Effekte.¹¹ Auch sie ziehen Daten zur Parlamentswahl 2010 auf der Ebene der Wahlbezirke (n = 5.668) – Arbeitslosigkeit, Gesundheitsdaten, Ausländer_innenanteil nach Herkunftsgruppen – heran. Es findet sich ein positiver Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Wahl rechter Parteien, insbesondere wenn es Stadtteile mit einem erhöhten Anteil an Zugewanderten in unmittelbarer Nachbarschaft gibt (Halo-Effekt). Allerdings sind gruppenbasierte Effekte zu beobachten. Der Anteil der Ausländer_innen aus der EU hat einen positiven Effekt auf die Wahl rechter Parteien, wohingegen Nicht-EU-Ausländer_innen einen negativen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit eines erhöhten Wahlergebnisses für rechte Parteien ausüben. Dies spricht für die Befürchtung von Wettbewerbsnachteilen auf dem Arbeitsmarkt einer sozial schwachen Gruppe und damit für die Marginalisierungshypothese und nicht für die Kontakthypothese; doch auch die Bedrohungshypothese kann nicht bestätigt werden. Zu konträren Ergebnissen kommt Valdez (2014), die ebenfalls Daten zur schwedischen Parlamentswahl 2010 auf der Ebene der Wahlbezirke (n = 5.668) heranzieht und sie mit Zensusdaten sowie Daten zum Auslän-

⁹ Eine Differenzierung nach Ländern und Regionen kann hier nicht geleistet werden. Es sei aber darauf hingewiesen, dass es durchaus kontextabhängige Spielarten des Rechtspopulismus gibt, auch wenn grundlegende Konstruktionsmechanismen, z. B. politischer Gegner, ähnlich gelagert sind. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Studien ggf. ein.

¹⁰ Zu systematischen Beobachtungen siehe exemplarisch: Kurtenbach 2017a; Oberwittler et al. 2017; Schönwälder et al. 2016; Sampson/Raudenbush 1999.

¹¹ Zu den Halo-Effekten siehe: Browyer 2008; Klinger/Schaeffer 2017.

der_innenanteil verknüpft. Anschließend präsentiert sie Daten aus einer Fallanalyse einer schwedischen Kommune, wozu sie u. a. die Ergebnisse strukturierter teilnehmender Beobachtungen zur Sichtbarkeit nichtwestlicher Zugewandeter heranzieht. Ihr Befund: Rechtspopulisten gewinnen dort an Zustimmung, wo nichtwestliche Immigrant_innen im öffentlichen Raum zu sehen sind und zu Einheimischen nur flüchtigen Kontakt haben. Der Widerspruch zu Rydgren und Ruth (2013) wird nicht diskutiert, sodass die Befunde nebeneinander verbleiben. In einer niederländischen Studie, der ein Datensatz einer Onlinebefragung aus dem Jahr 2015 zugrunde liegt ($n = 21.200$), untersuchen Savelkoul et al. (2017), ob die kleinräumige Konzentration von Zugewanderten einen Effekt auf die Unterstützung rechtsextremistischer/rechtspopulistischer Parteien hat. Ihre Ergebnisse verdeutlichen, dass der Anteil nichtwestlicher Migrant_innen in einer Nachbarschaft positiv mit der Wahrscheinlichkeit zusammenhängt, die rechtspopulistische Partei für die Freiheit (PVV) zu wählen. Dieser Zusammenhang ist non-linear und steigt besonders stark an, wenn die Größe der Migrant_innengruppe 15 Prozent der Gesamtbevölkerung der Nachbarschaft übersteigt. Sie flacht wieder ab, wenn ein Migrant_innenanteil von 30 Prozent überschritten wird. In gleicher Weise, wenn auch in geringerem Ausmaß, korreliert die kürzlich erfolgte Entwicklung des Anteils von Zugewanderten im Stadtteil mit der Präferenz für rechtspopulistische Parteien. Laut der Studie können diese Zusammenhänge dadurch erklärt werden, dass die Bewohner_innen von Nachbarschaften mit einem hohen Migrant_innenanteil der Meinung sind, dass die Anwesenheit von Zugewanderten zu einem Verfall der Nachbarschaft führt. Dies gilt insbesondere für Bewohner_innen, die nach eigenen Angaben selten mit nichtwestlichen Migrant_innen Kontakt haben.

Deutlich wird, dass die Kontakthypothese nicht vollumfänglich zu tragen scheint. So finden auch Otto und Steinhardt (2014) in einer Längsschnittuntersuchung der Wahlen zum Deutschen Bundestag sowie zur Bürgerschaft im Hamburg zwischen 1987 und 1999 auf der Ebene der 103 Stadtteile in Verbindung mit Sozialstrukturdaten, darunter auch dem Ausländer_innenanteil, konträre Ergebnisse zur Kontakthypothese. In einer Studie auf der Ebene der 2.359 österreichischen Gemeinden, welche den Zusammenhang zwischen der Ansässigkeit Geflüchteter und dem Wahlerfolg der rechtspopulistischen FPÖ untersucht, ergibt sich ein heterogenes Bild, das aber mit den Befunden von Strömlad und Malmberg (2016) übereinstimmt. Je besser gebildet entweder die Geflüchteten sind oder die länger ansässige Bevölkerung es ist, desto geringer ist der Wahlerfolg von Rechtspopulisten. Allerdings hat eine zu hohe Infrastrukturauslastung infolge von Zuwanderung einen positiven Effekt auf den Wahlerfolg der FPÖ. Den Effekt der geografischen Lage einer Kommune im Verhältnis zur Staatsgrenze auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern analysieren Jäckle et al. (2018). Dafür berechnen sie die Distanz aller 2.556 bayrischen Gemeinden zur Grenze. Ergebnis: Die Nähe zur Grenze zu den östlichen Nachbarn hat einen positiven Effekt auf den Wahlerfolg der AfD. Erklärungen sind möglicherweise das direktere Miterleben des großen Zustroms von Geflüchteten im Jahr 2015, die gestiegene und medial präsente Grenzriminalität sowie die Konkurrenz mit osteuropäischen Arbeitnehmer_innen auf dem Arbeitsmarkt. Damit steht der Befund im Widerspruch zur Kontakthypothese. Zu einem grundlegend ernüchternden Befund kommen de Blok und van der Meer (2018). In ihrer Forschungsfrage gehen sie dem Effekt der ethnischen und sozioökonomischen Zusammensetzung der Nachbarschaft auf die Wahl rechter Parteien nach. Ihre Datengrundlage bilden Panelbefragungen aus dem

Netherlands' Life Course Survey von 2010 und 2013¹², wobei sie sich auf niederländische Muttersprachler_innen zwischen 15 und 45 Jahren aus 35 zufällig ausgewählten Kommunen beziehen (nt1 = 2.103, nt2 = 1.407). Sie konnten lediglich einen positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil der Arbeitslosen im Stadtteil und einer Präferenz für rechtspopulistische Parteien nachweisen. Die ethnische Zusammensetzung der Nachbarschaften hat kaum einen Effekt auf die Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei. Ebenso spielen persönliche Erfahrungen mit Migrant_innen und nachbarschaftliche Erfahrungen im Allgemeinen eine untergeordnete Rolle. Die Autorin und der Autor kommen zu dem Ergebnis, dass im bisherigen Verständnis die Zusammensetzung von Nachbarschaften auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien überwertet wurde.

Doch es finden sich auch eindeutig bestätigende Studien zur Kontakthypothese in Bezug auf den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien und den interethnischen Kontakt auf räumlicher Ebene, wie Jeroen van der Waal (2013) bei einer Untersuchung von 50 niederländischen Kommunen zeigt. Auch Steinmayr (2016) findet in oberösterreichischen Kommunen einen negativen Zusammenhang zwischen der Anzahl Geflüchteter in der Stadt und dem Wahlerfolg der rechtspopulistischen FPÖ. Dafür wertet er Wahlergebnisse bei Landtags- und Gemeinderatswahlen zwischen 2009 und 2015 aus und bezieht Daten zur geografischen Lage, zur wirtschaftlichen Situation der Gemeinde, zu Bildung, Alter, Bevölkerungsentwicklung, dem Anteil von Geflüchteten an der Bevölkerung und den Unterkünften von Geflüchteten mit ein. Auch in einer Studie von Teney (2012) scheint die Kontakthypothese Bestätigung zu finden. Zwar untersucht sie den Wahlerfolg der rechtsextremen NPD, doch von Richter und Bösch (2017) wissen wir, dass die Wahlerfolge von NPD und der rechtspopulistischen AfD auf räumlicher Ebene positiv miteinander korrelieren. Mit einer Analyse der Wahlergebnisse der selbstbezeichneten Nationaldemokrat_innen bei der Bundestagswahl 2009 auf der Ebene der Wahlkreise (n = 299) zeigt Teney, dass ein höherer Anteil an Ausländer_innen innerhalb eines Wahlkreises zu größeren interethnischen Kontaktmöglichkeiten zu führen scheint und den NPD-Wahlanteil reduziert.¹³

Erklärungsansätze bezüglich der Gültigkeit der Kontakthypothese und der unterschiedlichen Ergebnisse bei raumbezogenen Untersuchungen liefert der Diskursstrang über die räumlichen Muster des Wahlerfolgs von Rechtspopulisten und der gewählten Untersuchungsebene. So zeigen Dustmann et al. (2016) in Dänemark auf der Grundlage einer Längsschnittuntersuchung von Wahldaten, Sozialstrukturdaten, dem Anteil Geflüchteter an der Bevölkerung und Kriminalitätsdaten auf der Ebene von 275 Gemeinden zwischen 1986 und 1998, dass Stadt-Land-Unterschiede festzustellen sind. Denn während es bei der Unterbringung Geflüchteter in größeren Unterkünften und in großstädtischen Kontexten zu einem Rückgang der Wähler_innenstimmen für rechtspopulistische Parteien kommt, ist in ländlichen Kontexten ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. Demnach kann die Kontakthypothese nicht überall bestätigt werden. Ob eher die Kontakthypothese zutrifft oder steigende Zuwanderung als *ethnic threat* erlebt wird, hängt, wie Weber (2016) zeigt, stark mit dem Aggregationsgrad der Beobachtung zusammen. Dafür untersucht er in einem ersten Schritt Sozialstruktur- und Wahldaten auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Auf dieser Ebene bestätigt sich die Kontakthypothese. In einem zweiten

¹² Siehe Radboud University, Faculty of Social Science, Sociology, The Netherlands' Life Course Survey, <https://www.ru.nl/sociology/research/netherlands-life/> (Zugriff: 21.10.2018).

¹³ Die Studie wurde nicht in die strukturierte Darstellung mit aufgenommen. Allerdings finden sich hier stichhaltige empirische Hinweise, die auch der Untersuchung der räumlichen Muster für die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien zuträglich sind.

Schritt untersucht er kleinräumige Muster auf der Ebene der Stuttgarter Stadtteile und kommt zu einem konträren Ergebnis: Dort bestätigt sich die Bedrohungshypothese. Den Effekt des Aggregationsniveaus untersuchen David et al. (2018) detailliert am Beispiel Belgiens. Dafür werten sie Paneldaten zu Wähler_innenbefragungen aus und kombinieren diese mit dem Ausländer_innenanteil. Sie zeigen, dass die Wahl der räumlichen Ebene die Ergebnisse beeinflusst und dass die signifikantesten Ergebnisse auf der mittleren Ebene, d. h. in einem Radius, der sich zwischen fünf bis 15 Kilometer um den jeweiligen Wohnort aufspannt, gefunden werden.

2.1.2 Empirische Befunde zur Konflikthypothese/Bedrohungshypothese

Da zahlreiche der Studien sowohl die Kontakt- als auch die Konflikthypothese untersuchen, sind die nachfolgend besprochenen Studien als Ergänzung zu denjenigen zu verstehen, die im Abschnitt 2.1.1 diskutiert wurden. Hier sind zwei Themenstränge der Studien erkennbar. Der erste behandelt räumliche Muster des Zuspruchs zu rechtspopulistischen Parteien. So arbeitet Teney (2012) in ihrer oben bereits besprochenen Studie ebenfalls heraus, dass die Wahlkreise, die den höchsten positiven Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und dem NPD-Wahlergebnis aufweisen, im Grenzgebiet zwischen den neuen und den alten Bundesländern liegen. Diese geografische Variation der Arbeitslosenquoteneffekte deutet darauf hin, dass unterschiedliche Mechanismen für den Zusammenhang zwischen dem Erfolg populistischer rechtsradikaler Parteien und Arbeitslosenquoten im Spiel sind. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung der Einbindung der geografischen Verortung von Untersuchungseinheiten auch für die soziologische Forschung und sprechen für die Formulierung einer breiteren Forschungsagenda zur Untersuchung der Mechanismen räumlicher oder zumindest geografischer Varianz.

In einer Studie mit schwedischen Daten und mit Bezug auf den Wahlerfolg der rechtspopulistischen Schwedendemokraten zeigt sich, dass der Wahlerfolg der rechtspopulistischen Partei positiv mit der Arbeitslosenquote und negativ mit Bildungsniveau und BIP korreliert. Die Befunde deuten überdies darauf hin, dass sozialer Ausschluss als Motivationsfaktor für die Wahl der rechtspopulistischen Schwedendemokraten in der Kommunalwahl über die Zeit wichtiger geworden ist. Gleichmaßen konnten Belege für die Konflikthypothese gefunden werden. Allerdings sind hier die Befunde uneindeutig. So korreliert der Gesamtanteil an Zugewanderten in den Gemeinden gleichbleibend positiv mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten, ebenso wie der Anteil an Zugewanderten aus EU-Ländern. Für den Anteil der Nicht-EU-Migrant_innen wurden dagegen für das Jahr 2006 negative und für das Jahr 2010 positive Zusammenhänge gefunden. Die Autoren, Rydgren und Ruth, interpretieren dies als Indiz dafür, dass nicht Xenophobie an sich die Wähler_innen motiviert, den Schwedendemokraten ihre Stimme zu geben, sondern Angst vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die gegenüber EU-Migrant_innen ausgeprägter sei. Werden aber die Wahlergebnisse der Schwedendemokraten bei der Nationalwahl zur Analyse hinzugezogen, zeigt sich, dass die Befunde, welche für die Marginalisierungshypothese und die Konflikthypothese sprechen, in den Kommunalwahlen stärker ausgeprägt sind. In Bezug auf die Kriminalität zeigen die Ergebnisse der Studie einen positiven Zusammenhang zwischen der Zahl der gemeldeten Delikte und einer erfolgreichen Wähler_innenmobilisierung der rechtspopulistischen Partei (vgl. Rydgren/Ruth 2011).

Der zweite Diskursstrang behandelt vor allem den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung von Zuwanderung auf räumlicher Ebene und der Wahl von Rechtspopulisten. Green et al. (2015) untersuchen, welchen Effekt die Anwesenheit stigmatisierter Gruppen im Wohngebiet auf den Wahlerfolg von

Rechtspopulisten hat. Ihre Datengrundlage ist die *Swiss Election Study*¹⁴ von 2011 (n = 1.736 in 136 Distrikten). Ihr Ergebnis ist, dass die Wahrnehmung von Bedrohung die Wahrscheinlichkeit, Rechtspopulisten zu wählen, erhöht. Positiver Kontakt mit stigmatisierten Ausländer_innen wiederum senkt die Bedrohungswahrnehmung und damit auch die Wahrscheinlichkeit, Rechtspopulisten zu wählen, was die Kontakthypothese bestätigt (Abschnitt 2.1.1). Demnach kommt der Bedrohungswahrnehmung eine entscheidende Rolle zu. Allerdings bleibt unklar, wie genau das Bedrohungsgefühl zustande kommt. Barone et al. (2016) haben in einer Studie den Zusammenhang zwischen Zuwanderungsdynamiken und der Wahl rechtspopulistischer Parteien in Italien untersucht. Die räumliche Ebene bilden 8.000 Gemeinden. Sie analysieren Daten zum Wahlverhalten sowie ökonomische und demografische Merkmale, wie den Ausländer_innenanteil, zwischen 2001 und 2008. Ihr Ergebnis ist, dass Zuwanderung zur Wahl rechter Parteien führt; dabei verlieren eher linke Parteien, und zugleich steigt die Wahlbeteiligung. Der Effekt variiert in Bezug auf die Bevölkerungsgröße, ist aber nicht nur bei Wahlen auf nationaler Ebene, sondern auch bei Kommunalwahlen zu beobachten. Ethnische Diversität, Wettbewerb um Arbeitsplätze oder Dienstleistungen öffentlicher Institutionen sowie politischer Wettbewerb sind die wichtigsten Gründe für die Erklärung des Effektes. Dass der Anstieg ethnischer Diversität zugleich zu einem Anstieg der Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien führt, zeigt auch Harmon (2018) am Beispiel Dänemarks auf der Ebene von 275 Gemeinden zwischen den Jahren 1981 und 2001. Dinas und Spanje (2011) stellen sich die Frage, welche Rolle die Wahrnehmung von Kriminalität im Kontext von Zuwanderung für den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien spielt. Dafür kombinieren sie Daten aus der *Dutch Parliamentary Election Study*¹⁵ aus dem Jahr 2002 (n= 314) mit sozioökonomischen Daten aus den Nachbarschaften der Befragten (n=685). Die Ergebnisse ihrer Studie zeigen, dass die Kriminalisierung von Ausländer_innen wesentlich für den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien ist. Wo Wähler_innen Neuankömmlinge mit Kriminalität in Verbindung bringen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen, die eine harte Haltung gegenüber Kriminalität haben, bei einem steigenden örtlichen Anteil an Zugewanderten eine rechtspopulistische Partei wählen.

2.1.3 Empirische Befunde zur Marginalisierungshypothese/ Deprivationshypothese/ Globalisierungsverliererhypothese

Zwar wird die Hypothese immer wieder vorgetragen, dass Rechtspopulisten besonders bei sogenannten Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierer_innen erfolgreich seien (vgl. Lengfeld 2017; Rippl/Seipel 2018), jedoch scheint dies nur einen Teil der Wähler_innenreservoirs auszumachen bzw. nur eine schwache Erklärung zu liefern (vgl. Schröder 2018, Bergmann et al. 2017; Lux 2018). Auch in den raumbezogenen Studien findet sich dafür keine eindeutige Bestätigung. So kommen Bergmann et al. (2018) auf der Grundlage einer umfangreichen Untersuchung regionaler Muster des Wahlerfolgs der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Kombination mit umfragebasierten sowie sozialstrukturellen Daten zu dem Ergebnis, dass die Marginalisierungshypothese der Komplexität der Hintergründe des AfD-Wahlerfolgs nicht gerecht wird. „So weisen die strukturschwachen AfD-Hochburgen des Ruhrgebiets und das wirtschaftlich überaus gut situierte Heilbronn bei ähnlichem AfD-Ergebnis eine große Spannweite wirtschaftlichen Erfolges auf“ (Bergmann et al. 2018: 261). Ein historischer Vergleich zeigt zudem, dass in 27 der 30 untersuchten Wahlkreise, in denen die AfD 2017 die höchsten Zustimmungswerte erhielt, bereits in der Bundestagswahl 1998 überdurchschnittlich stark rechte Parteien gewählt

¹⁴ Siehe FORS Schweizer Kompetenzzentrum Sozialforschung, <https://forscenter.ch/projekte/selects/?lang=de> (Zugriff: 26.10.2018).

¹⁵ Siehe Nationaal Kiesonderzoek, <http://www.dpes.nl/nl/> (Zugriff: 26.10.2018).

wurden. Die Autor_innen kommen daher zu dem Schluss, dass der AfD-Erfolg stärker von regional unterschiedlichen kulturellen und historischen Faktoren als von der wirtschaftlichen Situation der Wahlkreise bestimmt wird. Zu einem ähnlichen Befund kommen auch Franz et al. (2018), welche den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2018 auf der Ebene der Wahlkreise untersuchen. Allerdings differenzieren sie in ihrer Ergebnispräsentation zwischen den neuen und alten Bundesländern. Für die alten Länder ist die Marginalisierungshypothese eher zutreffend. Für die neuen Bundesländer gibt die Studie dagegen Hinweise auf eine Bestätigung der Globalisierungsverlierer_innenhypothese, da die AfD insbesondere dort erfolgreich ist, wo viele Ältere leben und es viele Handwerksbetriebe gibt.

Wenn das Gefühl der Marginalisierung allerdings weiter gefasst wird und nicht alleine auf ökonomische Merkmale bezogen wird, dann finden sich bestätigende Ergebnisse. So zeigen Fitzgerald und Lawrence (2011), dass Menschen, die in Gegenden mit hohem sozialem Zusammenhalt wohnen, mit höherer Wahrscheinlichkeit eine rechtspopulistische Partei wählen als Menschen, die in losen Gemeinschaften leben. Zu erklären ist dies vor allem mit der Angst vor einem sozialen Abstieg bzw. dem Wunsch der Aufrechterhaltung eigener Privilegien und bekannter Lebenswelten.

In eine ähnliche Richtung weisen auch die Ergebnisse von van Gent et al. (2014) für die Niederlande. Auf der Grundlage der *Dutch Parliamentary Election Study* aus dem Jahr 2010 (N = 032), von Wahldaten der landesweiten Nationalwahl 2010 auf der Ebene von 7.528 Wahllokalen und Zensus-Daten auf kleinräumiger Ebene aus dem Jahr 2009 weisen sie Kontexteffekte in Bezug auf die Hinwendung zur rechtspopulistischen PVV nach. Die PVV findet in ländlichen und vorstädtischen Nachbarschaften sowie in Nachkriegsquartieren besonderen Zuspruch. In den genannten Quartierstypen lebt in den Niederlanden häufig die Mittelschicht. Gedeutet wird der rechtspopulistische Zuspruch als Revanchismus und Nostalgie sowie als Strategie der Mittelschicht, die eigene Dominanz im urbanen Raum zurückzugewinnen. In einer anderen Untersuchung zeigen van Gent und Musterd (2016), dass es in den Niederlanden drei Typen von Nachbarschaften gibt, die aus unterschiedlichen Gründen zum Wahlerfolg rechter und rechtspopulistischer Parteien beitragen: erstens Quartiere mit vorwiegend einheimischen Arbeiter_innen, für die die Wahl von Rechtspopulisten eine Reaktion auf die Angst vor Konkurrenz mit Zugewanderten um Arbeit, Wohnraum und soziale Unterstützung darstellt. Zweitens wählen Bewohner_innen ethnisch diverser urbaner Nachbarschaften Rechtspopulisten, weil sie Angst vor einem Statusverlust durch sozialen Wandel haben. Drittens drücken Bewohner_innen von Nachbarschaften der unteren Mittelschicht mit ihrer Wahl eher Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien aus. Demnach kommt es bei der Frage, wieso Rechtspopulisten gewählt werden, auf den Quartierstypus an. Rösel und Sonnenburg (2016) wiederum zeigen, dass die AfD im Zuge der Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern bei der Landtagswahl 2016 besonders dort Zuspruch erfahren konnte, wo die kommunale Infrastruktur zurückgebaut wurde. Aus dieser Perspektive besteht die Marginalisierung nicht unbedingt im sozioökonomischen Status, sondern eher im Gefühl, nicht mehr *dazuzugehören*.

2.1.4 Empirische Befunde zur Sozialkulturhypothese

Neben den Fragen, ob Zuwanderung oder Sozialstruktur einen Effekt auf das Wahlverhalten ausüben, werden auch sozialkulturelle Aspekte genannt,¹⁶ womit vor allem kollektive Normen gemeint sind (vgl.

¹⁶ Ein solches Muster findet sich auch in anderen Bereichen der soziologischen Stadtforschung, in denen die Auswirkungen sozialer und/oder ethnischer Segregation oder kollektiver Normvorstellungen auf spezifische Outcomes wie Kriminalität, Integration und Gesundheit untersucht werden (vgl. Farwick 2014; Friedrichs 2017; Sampson et al. 1997; Strohmeier 2010).

Colemann 1990; Paluck/Shepherd 2012; Sampson et al. 1997). Solche finden sich auch in der politischen Kultur (vgl. Pickel/Pickel 2006) von Gemeinden wieder. Dass eine kollektive Norm einen entscheidenden Effekt auf die Wahl rechtsextremer wie rechtspopulistischer Parteien haben kann, zeigen Quent und Schulz (2015) auf der Grundlage von vier Fallstudien, welche jeweils auf einem breiten Datenkorpus beruhen. Richter und Bösch (2017) untersuchen den Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen, soziodemografischen und politisch-kulturellen Struktur der Wahlkreise und dem Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Dafür verwenden sie Daten u. a. zur Sozialstruktur und zur Bundestagswahl 2017. Die AfD war bei der Bundestagswahl 2017 dort besonders erfolgreich, wo schon 2013 ein größerer Teil der Bevölkerung sich entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt (Nichtwähleranteil) oder verstärkt rechtsextrem gewählt hatte (Wahlergebnisse der NPD). Dieser Effekt findet sich in allen Bundesländern. In einer Studie zum Zuspruch rechtspopulistischer Initiativen und Parteien in der Schweiz werten Brunner und Kuhn (2018) Daten von über 40 Jahren (1970 bis 2010) auf der Ebene von 2.544 Gemeinden aus. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass es nicht unbedingt die Zuwanderung selbst ist, welche einen positiven Effekt auf den Zuspruch zu rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Positionen bei Volksabstimmungen hat, sondern die wahrgenommene kulturelle Distanz.

Allerdings erklärt dies noch nicht die Unterschiede zwischen Kommunen mit ähnlichen Rahmenbedingungen. Hier setzt Melcher (2018) an, welcher Daten zu 438 sächsischen Gemeinden auswertet, wobei er nicht den Erfolg von Rechtspopulisten, sondern von Rechtsextremisten untersucht.¹⁷ Seine Ergebnisse weisen darauf hin, dass kulturelle Makrofaktoren den Stimmenanteil der NPD am stärksten beeinflussen. Kulturelle Offenheit und die normative Bindungskraft der Religion in katholisch geprägten Gemeinden (stärker als in evangelischen) hemmen den Wahlerfolg der NPD. Auch trägt die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Intergruppenkontakten in urbanisierten Gemeinden dazu bei, dass Ressentiments gegenüber Ausländer_innen und Migrant_innen abgebaut werden. Dieser Befund zum Urbanisierungsgrad steht im Widerspruch zu den Ergebnissen vergleichbarer Untersuchungen und wird vom Autor als Indiz dafür gedeutet, dass die Wirkungsrichtung des Urbanisierungsgrades vom Segregationsgrad und dem Ausmaß kultureller Offenheit einer Gemeinde beeinflusst wird. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass rechte Parteien nur im begrenzten Maße Einfluss auf den eigenen Wahlerfolg nehmen können, da dieser stark von kommunalen Rahmenbedingungen abhängt. Hier ist vor allem die Orientierung an Law-and-Order-Vorstellungen der lokalen Bevölkerung als entscheidender Einflussfaktor hervorzuheben.¹⁸ Dazu analysieren van Noord et al. (2018) den Zusammenhang zwischen *neighborhood disorder*, Befürwortung einer Law-and-Order-Politik und der Wahl rechtspopulistischer Parteien, indem sie sich des Cultural-framing-Ansatzes bedienen. Auf der Grundlage des *Netherlands Longitudinal Lifecourse Survey*¹⁹ (n = 1.675) und Daten aus 180 Nachbarschaften zeigen sie mittels Regressionsanalysen, dass sie zwar keinen Gesamteffekt von *neighborhood disorder* auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien nachweisen können, dass es aber einen starken positiven Zusammenhang zu autoritären Einstellungen der Bewohner_innen gibt. Menschen, die eine Aversion gegen Diversität haben und eine feste soziale Ordnung befürworten, motiviert die räumliche und soziale Unordnung ihrer

¹⁷ Melcher (2018) wurde daher auch nicht in die strukturierte Auswertung des Forschungsstandes (vgl. z. B. Abbildung 1) mit aufgenommen. Seine Ergebnisse sind inhaltlich dennoch relevant, weswegen sie hier diskutiert werden.

¹⁸ Siehe dazu: Zick et al. 2016: 115.

¹⁹ Siehe Radboud University, Faculty of Social Science, Sociology, The Netherlands' Life Course Survey, <https://www.ru.nl/sociology/research/netherlands-life/> (Zugriff: 26.10.2018).

Wohnumgebung zur Wahl von Law-and-Order-Parteien. Bei Menschen, die weniger Wert auf Homogenität und klare Regeln legen, ist dies nicht der Fall.

Solch spezifizierten Rahmenbedingungen wird in einer Reihe von Studien nachgegangen, welche die soziokulturelle Dimension in den Mittelpunkt stellen. Klassisch ist hier die Gegenüberstellung von Stadt und Land. In einer Studie, die mit belgischen Daten unterlegt ist, untersuchen Schuermans und de Maesschalck (2010) begünstigende Faktoren für den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien in ländlichen Regionen. Dafür werten sie Befragungsdaten aus der *Belgian General Election Study*²⁰ 2002 (n = 2.113) in 96 Gemeinden aus und führen anschließend jeweils drei Fokusgruppeninterviews in vier Gemeinden. Ihr Ergebnis zeigt, dass kollektive Normen, welche von rassistischen Überzeugungen geprägt sind, den Wahlerfolg von Rechtspopulisten erklären. Großstädte werden als negative Gegenwelten zum Land darstellt, das als weiß und friedlich geschützt und bewahrt werden soll. Demnach steht hinter dem Wahlerfolg von Rechtspopulisten keine eindeutige politische, sondern eine ideologische Überzeugung sowie Kriminalitätsfurcht und die damit verbundene Befürwortung von Law and Order, was sich zu kollektiven Normen verdichten kann und auch als soziales Klima bezeichnet wird. Die Folgen eines solchen Klimas, insbesondere für Geflüchtete, untersucht Kurtenbach (2018a) am Beispiel der Stadt Bautzen. Untersuchungsgegenstand ist, wie sich das soziale Klima einer Stadt infolge eines rechtspopulistisch dominierten Diskurses dahingehend entwickelt, dass sie zu einem feindseligen Ort für Geflüchtete wird und ihre Ausgrenzung in weiten Teilen der Stadtgesellschaft akzeptiert oder sogar befürwortet wird. Das Ergebnis zeigt, dass sich gruppenbezogene Konfliktkonstellationen, mitsamt der Rechtfertigung von Gewalt gegen Minderheiten, diskursiv abzeichnen. In der Folge kommt es dazu, dass die Ausgrenzung von Minderheiten, wie Geflüchtete, als akzeptabel konstruiert wird, was auch Gewalt mit einschließen kann.

Ein anders gelagerter Teil der Studien zu soziokulturellen Aspekten räumlicher Determinanten der Wahl rechtspopulistischer Parteien beschäftigt sich mit politischen Diskursen. Ajanovic et al. (2015) untersuchen, welche Argumentationsmuster rechtsextreme Organisationen und Parteien verwenden, um antipluralistische Raumkonstruktionen herzustellen und so soziale Ausschluss- und Einschlussprozesse zu legitimieren. Dafür werten sie zwölf leitfadengestützte Interviews mit Vertretern der FPÖ, des RFJ und der Bürgerinitiativen gegen den Bau von Moscheen und Islamischen Kulturzentren in Wien (BI) sowie Facebookprofile von IBÖ-Anhänger_innen aus. Ihr Ergebnis ist, dass rechte Diskurse auf zwei zentrale Frames/Deutungsmuster zurückgreifen: zum einen auf die Konstruktion einer Bedrohung durch Anderssein bzw. durch Vielfalt und zum anderen auf die Selbstdarstellung der eigenen Gruppe als Opfer. In einer mehr kommunalpolitisch ausgerichteten Studie untersuchen van Ostajena und Scholten (2014) Dokumente politischer Debatten und politischer Dokumente aus zwei niederländischen Kommunen zwischen 1998 und 2010. Ihr Ergebnis ist, dass der Diskurs sich zugunsten eines inklusiven Integrationsverständnisses veränderte und dass vor allem durch Populist_innen diskursiv *In-* und *Outgroups* hergestellt werden, aber populistische Politik nicht allein von Rechtspopulisten betrieben wird. Demnach unterliegen nicht eindeutig rechtspopulistische Parteien ebenfalls autoritären Versuchen (Heitmeyer 2019) infolge der Diversifizierung städtischer Lebenswelten.

²⁰ Siehe Ku Leuven, Institute for Social and Political Opinion Research, https://soc.kuleuven.be/ceso/ispo/projects/copy_of_the-transformation-of-the-socio-economic-left-2013-right-cleavage (Zugriff: 26.10.2018).

2.2 Folgerungen und empirische Implikationen

Bergmann et al. (2018: 259) haben das Fazit ihres Aufsatzes mit „Kein eindeutiges Muster erkennbar“ überschrieben. Nach detaillierter Aufarbeitung des Forschungsstandes kann dies auch in Bezug auf die gesamten Ergebnisse räumlicher Untersuchungen zum Wahlerfolg von Rechtspopulisten festgehalten werden. Denn teilweise sind die Studien empirisch extrem elaboriert und verwenden empirisch reichhaltiges Material, kommen aber trotzdem zu keinen eindeutigen Ergebnissen. Weder kann die Kontakthypothese konsistent bestätigt werden, noch sind die gegenteilige Ethnic-Threat-Hypothese oder Hypothesen zu sozialer Deprivation oder zu Globalisierungsgewinner_innen und –verlierer_innen als zutreffend zu erachten.

Das lässt den Schluss zu, dass die bisherigen theoretischen Konzepte nicht ausreichen, um den Erfolg von Rechtspopulisten unter räumlichen Gesichtspunkten zu erklären. Keiner der Ansätze begründet die Gemeinsamkeit zwischen Orten wie Köln-Chorweiler, Bautzen oder Heilbronn – allesamt Kontexte, in denen die AfD überdurchschnittlich hohen Zuspruch bei der Bundestagswahl 2017 verzeichnen konnte. Daraus folgen logisch vier interdependente Interpretationspfade: erstens, dass es noch mehr Untersuchungen mit der Überzeugung gibt, dass sich Muster herauschälen; zweitens, dass ein theoretischer Ansatz den Erfolg von Rechtspopulisten unter räumlichen Gesichtspunkten überhaupt nicht erklären kann und es somit einer Theorievielfalt bedarf, die Einzelaspekte erklärbar macht; drittens, dass auf den bisherigen Erklärungsansätzen aufgebaut werden kann, um zu einem konsistenten Erklärungsmuster zu kommen, und viertens, dass es unterschiedliche Raumtypen gibt, die einen Effekt auf die Wahl von rechtspopulistischen Parteien haben, was auch abhängig von der Betrachtungsebene ist.

Insofern ist es sinnvoll, die Indikatoren zu benennen, welche, wie die Aufarbeitung des Forschungsstandes gezeigt hat, einen Effekt auf die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien haben, auch wenn die Interaktionseffekte und Kausalitäten unklar sind. Tabelle 1 führt diese auf.

Tabelle 1: Übersicht der Indikatoren die auf der räumlichen Ebene einen eindeutigen Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien haben

Indikator	Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten	Quellen
Bevölkerungsdichte	Negativ	Richter/Bösch 2017
Wahlergebnisse der NPD	Positiv	Richter/Bösch 2017; Melcher 2018, Teney 2012
Arbeitslosigkeit	Positiv	Richter/Bösch 2017, Rydgren/Ruth 2011 & 2013, de Blok/van der Meer 2018, Strömblad/Malmberg 2015, Teney 2012, van der Waal et al. 2013
Bruttoinlandsprodukt	Negativ	Rydgren/Ruth 2011
Bildungsniveau	Negativ	Rydgren/Ruth 2011, Strömblad/Malmberg 2015, Steinmayr 2016, Halla et al. 2017
Anteil der Katholiken an der Bevölkerung	Negativ	Melcher 2018
Nähe zur Grenze	Positiv	Jäckle et al. 2018, Melcher 2018
Anteil der Künstler an der Bevölkerung	Negativ	van der Waal et al. 2013
Autoritäre Einstellungen	Positiv	Kurtenbach 2018a, van Noord et al. 2018, Schuermans/ de Maesschalck 2010, Quent/Schulz 2015
Kriminalitätsrate	Positiv	Dinas/ van Spanje 2011, Jäckle et al. 2018, Melcher 2018, Rydgren/Ruth 2011
Anteil an Nicht-EU-Ausländern	Positiv	Rydgren/Ruth 2011
Anteil an EU-Ausländern	Positiv	Harmon 2017, Savelkoul 2011, Valdesz 2014
Politische Distanz	Positiv	Rösel/ Sonnenburg 2016,
Sichtbare Diversität	Positiv	Barone et al. 2016, Strömblad/Malmberg 2015, van Noord et al. 2018, Harmon 2017
Segregation	Positiv	Melcher 2018, Valdez 2014, van der Waal et al. 2013, Otto 2012, Savelkoul et al. 2017

Hinzu kommt der Befund aus qualitativen (Teil-)Studien, dass die sozialkulturelle Dimension eines Gemeinwesens zwar Auswirkung auf die Wahl von Rechtspopulisten hat, aber auch durch diese bestimmt wird (vgl. Kurtenbach 2018a). Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht das Ziel, einen eigenständigen theoretischen Ansatz zu entwickeln, mit dem der Erfolg rechtspopulistischer Parteien unter räumlichen Gesichtspunkten erklärt werden kann, sondern es soll eine Annäherung an die Typisierung von Räumen formuliert werden. Diese sollte unterschiedliche Wirkungszusammenhänge bezüglich der Wahl rechtspopulistischer Parteien umfassen. Demnach sollten sich die Raumtypen nicht alleine im Profil voneinander unterscheiden, sondern auch in ihrer Effektstärke und Richtung, und das abhängig vom betrachteten Aggregat. Diese typisierende Annäherung wird im folgenden eigenständigen Teil der Studie vorgenommen.

3. Empirisches Design

Um eine Annäherung an räumliche Muster von Erfolgen der rechtspopulistischen AfD bei der Bundestagswahl 2017 zu bekommen, werden in einem ersten Teil Daten auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ausgewertet. Datengrundlage bilden die *Wegweiser Kommune* der Bertelsmann Stiftung zum 31.12.2016, Daten der INKAR²¹ zur Analyse der lokalen Infrastruktur, Wahldaten der Bundestagswahl 2017 sowie die gepoolten Daten (2002 bis 2011) zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) im Rahmen der Studienreihe *Deutsche Zustände* des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Dank dieses einmaligen Datensatzes können die Dimensionen Sozialstruktur, Infrastruktur, Sozialkultur wie auch Wirtschaftsstruktur in derselben Auswertung integriert ausgewertet werden.

Die Analyse selbst bildet eine explorative Auswertung mittels strukturfindender Verfahren. Zur Verdeutlichung von Einstellungsmustern werden die Daten zur GMF im ersten Schritt mithilfe einer Faktorenanalyse (Oblimin Rotation) zusammengefasst. Auf diese Weise werden auch metrische Daten gewonnen, welche für die weitergehende Analyse notwendig sind. Im zweiten Schritt wird mit ausgewählten Indikatoren, die alle genannten Dimensionen abdecken, eine hierarchische Clusteranalyse berechnet, um die optimale Clusteranzahl zu bestimmen. Ziel dieses Schrittes ist es, statistisch gesättigte Typen zu finden, welche Informationen zu Sozialstruktur, Infrastruktur, Wirtschaftsstruktur und Sozialkultur beinhalten. Mit der Festlegung der optimalen Clusteranzahl wird anschließend eine Clusterzentrenanalyse gerechnet, da diese eine bessere Zuordnung der Fälle zu den Clustern erlaubt (vgl. Dahlbeck/Neu 2014; Strohmeier et al. 2007). Die Analyse selbst beinhaltet bewusst nicht den Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Dieser Indikator wird erst bei der Charakterisierung der Cluster, nicht aber bei ihrer Berechnung, herangezogen. Die deskriptive Beschreibung und Interpretation der Cluster bildet zugleich den dritten und abschließenden Schritt dieser Teiluntersuchung.

Im zweiten Teil der empirischen Untersuchung werden kleinräumige Daten aus neun Kommunen ausgewertet. Hier stehen vor allem die sozial-ökologischen Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 im Vordergrund, da zu den anderen Dimensionen keine Daten vorliegen. Die Auswertung erfolgt sowohl fallbezogen als auch fallübergreifend.

²¹ INKAR = Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland und in Europa.

4. Auswertung der Bundestagswahl 2017 auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte

4.1 Datenauswahl und -aufbereitung

Bei der Auswahl der Daten stand die Absicht im Vordergrund, einen weitgehend multidimensionalen Datensatz zusammenzustellen, mit dem integrierte Auswertungen möglich sind. Dazu wurden in einem ersten Schritt die Datensätze zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zwischen 2002 und 2011 aufbereitet. Zuerst wurde kontrolliert, welche Items in mindestens acht der zehn Erhebungen stabil blieben, damit sie für die weitere Erhebung berücksichtigt werden konnten. Denn dadurch waren genügend Fälle pro untersuchter Gebietseinheit vorhanden. Die verwendeten Items sind:

- Es leben zu viele Ausländer_innen in Deutschland.
- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer_innen wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben (wurde 2005 nicht gefragt).
- Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.
- Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.
- Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.
- Die in Deutschland lebenden Ausländer_innen sind eine Belastung für das soziale Netz (2004 nicht gefragt).
- Die vielen ausländischen Kinder in der Schule verhindern eine gute Ausbildung der deutschen Kinder (wurde 2004 und 2011 nicht gefragt).
- Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere (wurde 2005 nicht gefragt).
- Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben (wurde 2005 nicht gefragt).

Anschließend wurden die Daten jahresübergreifend gepoolt und auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, als der kleinsten geografischen Einheit, aggregiert. Dabei wurde der Gebietsstand zum 31.12.2011 zugrunde gelegt. Weiterhin wurden drei Indikatoren zur Infrastrukturanbindung der Kommune aus dem INKAR-Datensatz des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zum 31.12.2016 ausgewählt und in den Datensatz mit aufgenommen. Diese sind:

- Erreichbarkeit von Fernbahnhöfen in Minuten
- Erreichbarkeit von Flughäfen in Minuten
- Erreichbarkeit von Autobahnen in Minuten

Sowohl mit den GMF-Daten als auch mit den INKAR-Daten wurden jeweils explorative Faktorenanalysen (Oblimin-Rotation) gerechnet, um eine Informationsverdichtung zu erreichen. Die Tabelle 2 zeigt das Ergebnis der Berechnungen.

Tabelle 2: Ergebnisse der Faktorenanalyse

	GMF		INKAR	
	Ausländer-feindlichkeit	Etablierten-vorrechte		Infrastruktur
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	0,82	0,4	Erreichbarkeit von Fernbahnhöfen in Minuten	0,8,0
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	0,80	,39	Erreichbarkeit von Flughäfen in Minuten	0,83
Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben (wurde 2005 nicht gefragt).	0,37	,73	Erreichbarkeit von Autobahnen in Minuten	-0,62
Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.	0,38	,744		
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	0,63	0,51		
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	0,44	0,52		
Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz (2004 nicht gefragt).	0,82	0,24		
Die vielen ausländischen Kinder in der Schule verhindern eine gute Ausbildung der deutschen Kinder (wurde 2004 und 2011 nicht gefragt).	0,34	0,23		
Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere (wurde 2005 nicht gefragt).	0,26	0,74		
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben (wurde 2005 nicht gefragt).	0,54	0,57		
Erkläre Varianz	38,6 %	11,4 %		56,9 %

Des Weiteren wurden Daten zur Sozialstruktur sowie zum ökonomischen Status der Kommunen aus dem *Wegweiser Kommune* der Bertelsmann-Stiftung zum 31.12.2016 sowie Wahldaten zur Bundestagswahl am 24.09.2017 vom Bundeswahlleiter auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte aufgenommen. Diese sind:

- ALG-II-Quote
- Beschäftigungsquote
- Langzeitarbeitslosenquote
- Ausländer_innenanteil
- Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung
- Ärzte pro 10.000 Einwohner
- Existenzgründungen
- Bruttoinlandsprodukt je Einwohner_in in Euro (31.12.2015)
- Zweitstimmenanteil der AfD
- Zweitstimmenanteil der NPD
- Wahlbeteiligung
- Kriminalitätsrate

Alle hier aufgeführten Indikatoren wurden zur besseren Nutzung für multivariate Verfahren zentriert. Dadurch liegt nun ein multiperspektivischer Datensatz vor, mit dem unterschiedliche Erklärungspfade im Hinblick auf den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl verfolgt werden können.

4.2 Räumliche Typisierung

Folgend wird nun eine räumliche Typisierung auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte unternommen, um typische Orte des Wahlerfolgs der AfD isolieren zu können. In die Berechnung selbst wird, wie erläutert, bewusst nicht der Zweitstimmenanteil der AfD mit einbezogen, vielmehr findet dieser erst bei der Charakterisierung der Cluster Beachtung. Die Tabelle 3 zeigt die Indikatoren, welche in die Clusteranalyse eingeflossen sind.

Tabelle 3: Indikatoren Clusteranalyse

	Minimum	Maximum	Standardabweichung
ALG-II-Quote	-5,94	13,7	3,97
Ausländeranteil	1619,48	378830,5	30891,33
Infrastrukturanbindung	16,16	16,2	0,00
Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung	-0,35	3,7	0,41
Zweitstimmenanteil der NPD	-2,7	3,1	1,0
Ausländerfeindlichkeit	-3,8	3,2	1,0
Etabliertenvorrechte	-5,9	13,7	3,94

Die Berechnung ergab als optimale Lösung eine Einteilung in fünf Cluster. Die Charakterisierung der Cluster findet sich in Tabelle 3.

Tabelle 4: Übersicht zur Clusterlösung

	N	Ausländeranteil	SGB-II-Quote	NPD	AfD	Etablierten-vorrechte	Ausländerfeindlichkeit	Langzeit-arbeitslosenquote	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	Wahl-beteiligung	Neue Länder
Wirtschaftlich herausgeforderte Orte mit geringem Ausländeranteil und erhöhter Fremdenfeindlichkeit	261	7,8	7,7	0,5	14,1	-0,1	-0,2	2,5	31555,8	76,0	68,9
Wirtschaftlich prekäre Orte mit durchschnittlicher Migrationsprägung und einem durchschnittlichen Ausländeranteil	10	17,7	13,0	0,2	10,6	0,6	0,6	4,3	49510,5	75,6	3,5
Wirtschaftlich starke Orte mit erhöhtem Ausländeranteil und geringer Fremdenfeindlichkeit	1	25,9	6,2	0,1	8,4	0,7	1,4	1,6	71837,4	78,5	0,0
Armut geprägte Orte mit erhöhtem Ausländeranteil und geringer Fremdenfeindlichkeit	2	23,7	12,5	0,2	7,9	0,7	1,3	4,1	74894,4	75,4	0,7
Durchschnittliche Gebiete unter wirtschaftlichem Druck	78	13,7	9,1	0,3	11,0	0,2	0,5	3,0	38984,7	76,6	26,6

Bei Cluster 1 handelt es sich um Kreise und kreisfreie Städte mit geringer Wirtschaftskraft und einem geringen Ausländer_innenanteil. Zugleich findet sich dort eine erhöhte Ausländer_innenfeindlichkeit, und die AfD ist dort besonders erfolgreich, ebenso die NPD. 68,9 Prozent der Fälle liegen in den neuen Ländern. Cluster 2 umfasst wirtschaftlich prekäre Orte mit durchschnittlicher Migrationsprägung und einem durchschnittlichen Ausländer_innenanteil. Die Ausländer_innenfeindlichkeit ist eher gering ausgeprägt, und der Stimmenanteil der AfD ist, betrachtet über die fünf Typen hinweg, eher durchschnittlich. Das Cluster 3 wird nur durch einen einzigen Fall gebildet; es ist ein wirtschaftlich starker Ort mit einem erhöhten Ausländer_innenanteil und geringer Fremdenfeindlichkeit. Sowohl die AfD als auch die NPD finden hier nur relativ wenig Zuspruch. Cluster 4 bindet zwei Fälle zusammen, welche sich durch einen erhöhten Anteil einer von Armut bedrohten Bevölkerung und einen erhöhten Ausländer_innenanteil mit geringer Fremdenfeindlichkeit auszeichnen. Cluster 5, in dem ein Viertel der Kommunen in den neuen Ländern liegt, ist charakterisiert durch relativ durchschnittliche Werte in Bezug auf Armut, Migrationsprägung, Ausländer_innenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte und den Wahlerfolg der AfD. Einzig zeigt sich, dass die ökonomischen Indikationen eher unterdurchschnittlich ausgeprägt sind.

Auffällig ist die Trennung nach neuen und alten Bundesländern in der Typisierung der Kommunen. Fälle in den neuen Ländern finden sich fast nur in Cluster 1 und 5; vor allem dort war die AfD erfolgreich. Dagegen war sie in Kommunen mit geringer Armutsprägung und/oder Migrationsprägung eher unterdurchschnittlich erfolgreich, insbesondere wenn die lokalen Einstellungsmuster bereits vor der verstärkten Zuwanderung Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 wenig von Fremdenfeindlichkeit oder dem Glauben an Etabliertenvorrechte geprägt waren.

Die räumliche Typisierung, welche die präsentierte Clusteranalyse bildet, bestand aus der Betrachtung gemeinsam auftretender Merkmale. Damit konnte Wissen über die geografische Verteilung unterschiedlicher Konstellationen sozialstruktureller, infrastruktureller, sozialkultureller und demokratischer Rahmenbedingungen für den Wahlerfolg der AfD gewonnen werden.

5. Kleinräumige Auswertung der Bundestagswahl 2017 in ausgewählten kreisfreien Städten

Nach der Untersuchung auf regionaler Ebene wird nun eine deskriptive Analyse auf kleinräumiger Ebene vorgestellt. Dazu wurden acht kreisfreie Städte in Deutschland ausgewählt, wobei der Schwerpunkt auf Nordrhein-Westfalen (NRW) liegt.²² Grundsätzlich hätte sich der Datensatz der innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) des BBSR für die Analyse geeignet, da er Daten zu 56 Kommunen auf kleinräumiger Ebene beinhaltet. Allerdings sind dort keine parteibezogenen Ergebnisse aufgeführt. Daher wurden die Statistikämter der ausgewählten Kommunen angeschrieben und um eine Datenlieferung gebeten oder ggf. Daten von Online-Portalen heruntergeladen.

Im Folgenden werden zuerst die acht Kommunen vorgestellt. Anschließend erfolgt eine deskriptive Analyse pro Stadt auf kleinräumiger Ebene. Abschließend wird eine Auswertung über alle Fälle hinweg vorgenommen. In die Analyse fließen die Indikatoren SGB-II-Quote (soziale Segregation), Ausländer_innenanteil (ethnische Segregation) sowie Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl (Rechtspopulismus) ein.²³ Messzeitpunkte sind die Bundestagswahlen 2013 und 2017 und die Stichtage 31.12.2013 und 31.12.2017. Die Analyse ist die erste ihrer Art in Deutschland, da sie sowohl fallvergleichend kleinräumige Muster beschreibt als auch Entwicklungen auf der räumlichen Ebene mit einbezieht.

5.1 Ausgewählte Kommunen

Für die Untersuchung kleinräumiger Muster des Wahlerfolgs der AfD, in Abhängigkeit von der Sozialstruktur, wurde auf eine hohe Streuung der Kommunen aus den Clustern einerseits und auf eine Mischung zwischen ost- und westdeutschen Kommunen andererseits geachtet. Ein weiteres, zudem forschungspragmatisches Kriterium war die Datenverfügbarkeit. Ausgewählt wurden nach einer Zufallsauswahl folgende Kommunen:

- *Dresden*: Die sächsische Landeshauptstadt gehört zu den Hochburgen der AfD in Deutschland. Zudem finden dort seit Jahren regelmäßig Demonstrationen von PEGIDA statt (vgl. Vorländer et al. 2016). Daher ist Dresden ein Referenzfall, an dem untersucht werden kann, ob es Differenzierungen innerhalb der Kommune bei einem insgesamt hohen Zuspruch gibt.
- *Düsseldorf*: Die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt gehört zu den Wohlstandszentren der Rheinschiene und blickt überdies auf eine lange Tradition von Zuwanderung zurück (vgl. Heidbrink/Kurtenbach 2019). Diese ist international deutlich diversifiziert; zu den vielfältigen Bevölkerungsgruppen gehört neben einer relativ großen Community aus den Maghreb-Staaten u. a. auch

²² Der regionale Schwerpunkt war vom Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) vorgegeben. Da NRW das am stärksten urbanisierte Flächenland ist, standen dem auch keine inhaltlichen Einwände entgegen.

²³ Alternative Indikatoren für die Messung sozialer Segregation hätte auch die Arbeitslosenquote oder der Anteil der Haushalte mit Hilfen für den Lebensunterhalt sein können. Allerdings korrelieren diese Items extrem miteinander und sind demnach redundant. Bei der Messung ethnischer Segregation hätte auch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gewählt werden können. Doch korreliert auch dieser, wie Terpoorten (2014) gezeigt hat, sehr stark mit dem Ausländer_innenanteil und ist damit redundant. Im Übrigen ist der Ausländer_innenanteil in seiner Berechnung über alle Kommunen hinweg stabil.

die größte japanische Enklave Europas. Düsseldorf ist demnach ein Fall mit insgesamt hoher Diversität und hohem Wohlstand.

- *Erfurt*: Die thüringische Landeshauptstadt ist eine Hochburg der AfD. Die Stadt selbst ist ein Verwaltungszentrum der Region, was nicht zuletzt an den ansässigen Landesbehörden liegt. Die demografische Entwicklung ist, im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten, relativ stabil (vgl. Wegweiser Kommune 2019), wobei die soziale Spaltung deutlich ausgeprägt ist (vgl. Helbig/Hähnen 2019).
- *Essen*: Die ehemalige Montanstadt im Ruhrgebiet gehört zu den am stärksten polarisierten Kommunen in Deutschland. Die mittig durchlaufende A 40 trennt die Stadt nahezu perfekt in einen reichen und ethnisch eher homogenen Süden und einen armen und ethnisch eher diversifizierten Norden. Essen ist mithin ein Fall mit insgesamt hoher Diversität bei deutlicher Polarisierung unter schwierigen postindustriellen Rahmenbedingungen (vgl. Kersting et al. 2009).
- *Hamburg*: Die Hansestadt ist ein Stadtstaat, der sozial deutlich polarisiert ist. Die Stadt ist traditionell international geprägt und weist ein gemeinwohlorientiertes Bürgertum auf. Bemerkenswert ist, dass Geflüchtete nahezu in allen Stadtteilen der Kommune untergebracht wurden, sodass auch Wohngebiete mit einem höheren durchschnittlichen Einkommen mit Integrationsaufgaben herausgefordert waren (vgl. Friedrichs et al. 2019). Für die Stadt liegen aus dem GMF-Survey nicht genügend Fälle vor, weswegen sie in der Clusteranalyse nicht berücksichtigt werden konnte.
- *Köln*: Die Rheinmetropole ist die größte Stadt Nordrhein-Westfalens und verzeichnet seit Jahren sichtliche Bevölkerungszugewinne, was zum Teil beträchtliche Anstiege der Mieten zur Folge hat. Die Stadt ist deutlich segregiert, wenn auch nicht so großflächig wie Essen. Es finden sich eher einzelne Stadtteile mit einem drastisch erhöhten Anteil von Haushalten im SGB-II-Bezug und Migrationshintergrund. Es ist demnach eine polarisierte Kommune mit erhöhter Diversität (vgl. Kurtenbach 2018b: 18).
- *Leipzig*: Die Stadt hat seit der Wiedervereinigung einen erkennbaren Wandel verzeichnet. Während in den 1990er Jahren noch zahlreiche Häuser verwaist waren, sind nun in Teilen der Innenstadt Gentrifizierungstendenzen zu beobachten (vgl. Üblacker 2018: 33). Auch dadurch steigt die soziale Polarisierung in der Stadt. Zudem hat sich, anders als in Dresden, in Leipzig die LEGIDA-Bewegung nicht etablieren können, im Gegenteil war der Protest gegen diese rechtspopulistische Plattform breit formiert (vgl. Reuband 2019: 13).
- *Rostock*: Die Hansestadt an der Ostsee ist die bevölkerungsreichste Kommune Mecklenburg-Vorpommerns, eines Landes, in dem die NPD lange Zeit relativ aktiv und auch im Landtag vertreten war (vgl. Heinrich/Schoon 2013). Vor diesem Hintergrund ist die Untersuchung der Stadt besonders aufschlussreich. Allerdings liegen für Rostock auf der kleinräumigen Ebene keine Daten zu SGB-II-Quoten vor.

In der Tabelle 5 sind ausgewählte Indikatoren pro Kommune abgebildet.

Tabelle 5: Indikatoren der ausgewählten Kommunen, Datenstand 31.12.2017

	Bevölkerung	SGB-II-Quote ²⁴	Ausländer (%)	Unter 18-Jährige (%) ²⁵	AfD 2017 (%)	Anzahl Stadtteile	Cluster-zuordnung
Dresden	557.098	10,0 %	7,4 %	16,5 %	22,5 %	61	5
Düsseldorf	639.407	12,2 %	22,7 %	9,8 %	4,2 %	50	2
Erfurt	213.354	15,5 %	7,7 %	15,6 %	18,5 %	52	1
Essen	590.194	20,2 %	15,8 %	15,9 %	11,4 %	50	2
Hamburg	1.880.997	10,3 % ²⁶	17,1 %	16,3 %	7,8 %	99	/
Köln	1.084.795	13,2 % ²⁷	19,3 %	16,1 %	7,2 %	86	4
Leipzig	590.337	14,8 % ²⁸	9,5 %	15,6 %	18,3 %	63	1
Rostock	208.516	/	6 %	12 % ²⁹	14,7 %	21	1

²⁴ Sofern nicht anders vermerkt, stellen die hier angegebenen Quoten den Anteil der Beziehenden von Leistungen nach SGB II an der Bevölkerung unter 65 Jahren dar.

²⁵ Hierbei handelt es sich einzig um einen deskriptiven Indikator.

²⁶ Anteil an der Gesamtbevölkerung.

²⁷ Anteil an der Gesamtbevölkerung.

²⁸ Datenstand: 30.9.2017.

²⁹ Unter 15-Jährige.

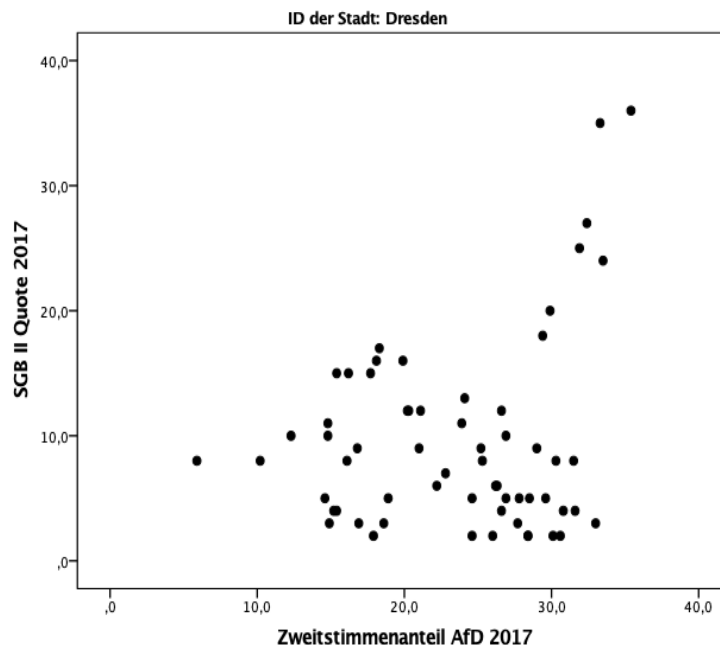
5.2 Fallauswertung

Die Auswertung der kleinräumigen Muster nach sozialer und ethnischer Segregation, in Bezug auf den Wahlerfolg der AfD, erfolgt in zwei Schritten. Erstens wird die soziale und anschließend die ethnische Segregation mit Blick auf den Wahlerfolg der AfD (Zweitstimmenanteil) vorgestellt. Zweitens wird die Entwicklung der sozialen und ethnischen Segregation zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017 in Bezug auf die Zweitstimmenanteile der AfD bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 gesetzt.

5.2.1 Fallauswertung: Dresden

In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden erreichte die AfD ein besonders gutes Ergebnis – mitsamt einem Wahlbezirk mit den meisten Erststimmen und dem damit verbundenen Direktmandat für den Deutschen Bundestag, mit der damaligen AfD-Bundessprecherin Frauke Petry als Kandidatin. Dresden ist sozial relativ polarisiert. Es finden sich Stadtteile mit einer SGB-II-Quote von über 30 Prozent sowie welche mit weniger als 10 Prozent. Abbildung 5 zeigt den Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Stimmenanteil für die AfD bei der Bundestagswahl 2017. Das Muster zeigt einen eher positiven Zusammenhang zwischen sozialer Segregation und dem Wahlerfolg der Rechtspopulisten auf. Allerdings gibt es auch einige Stadtteile mit geringer SGB II-Quote und einem hohen Zuspruch für die AfD. Das bedeutet, dass die AfD es geschafft hat, sowohl wohlhabende als auch abgehängte Milieus zu erreichen.

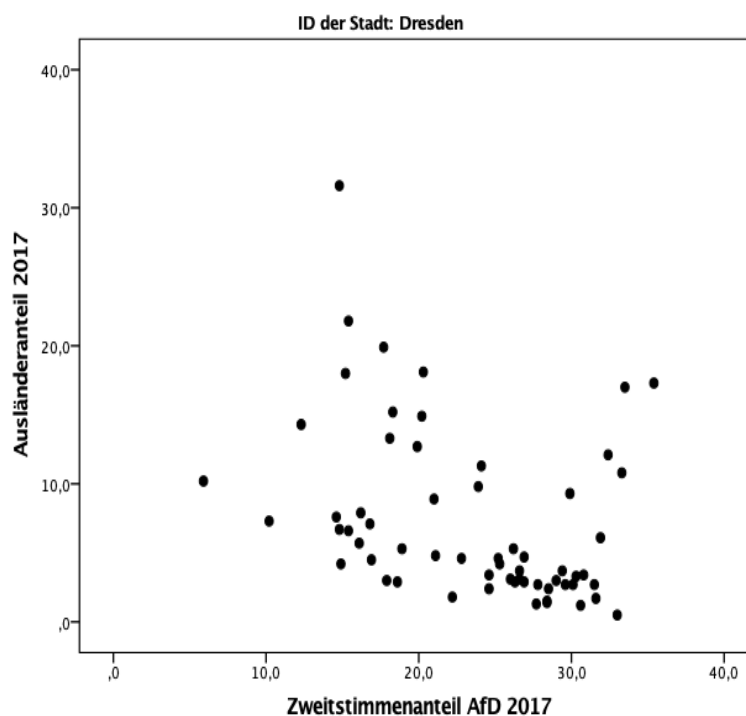
Abbildung 5: Zusammenhang zwischen sozialer Segregation und Zweitstimmenanteil für die AfD in Dresden



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Dresden

Neben der sozialen ist auch die ethnische Segregation ein Strukturmarker für die Untersuchung der Hinwendung zur AfD. Hier sind, wie aus dem Forschungsstand abzuleiten ist, zwei Möglichkeiten plausibel. Entweder stimmt die Kontakthypothese, woraus folgt, dass dort, wo die meisten Zugewanderten leben, die fremdenfeindlichen Argumente der AfD keinen Zuspruch finden, oder die Konflikthypothese trifft zu, dann müsste die AfD dort, wo die meisten Zugewanderten leben, auch den meisten Zuspruch erfahren. Abbildung 6 zeigt den Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation und der Hinwendung zur AfD auf der Ebene der Dresdener Stadtteile. Das Muster spricht für eine Bestätigung der Kontakthypothese, denn es ist ein negativer Zusammenhang von Ausländer_innenanteil und AfD-Zweitstimmenanteil zu erkennen.

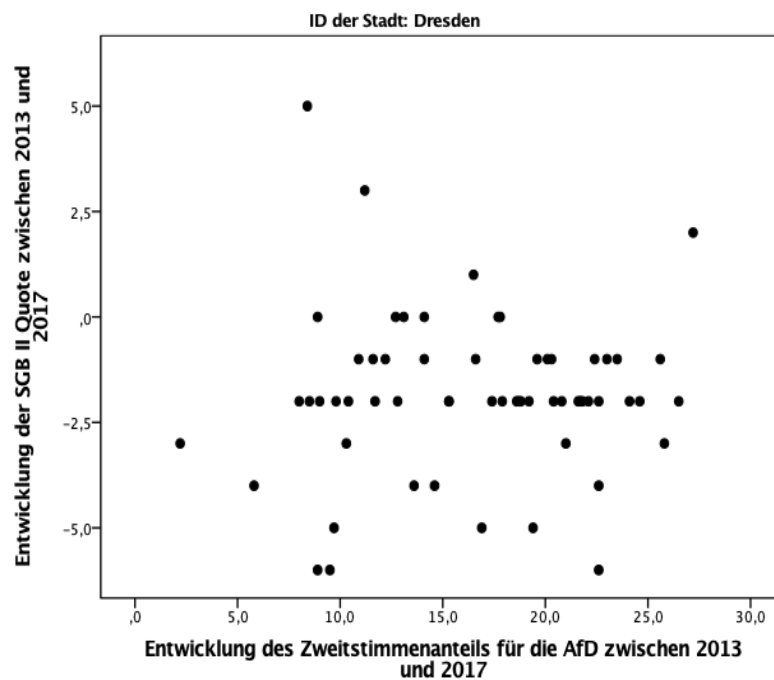
Abbildung 6: Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation und Zweitstimmenanteil für die AfD in Dresden



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Dresden

Als nächstes wird sowohl die Entwicklung der SGB-II-Quote und des Ausländer_innenanteils als auch die des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und der Bundestagswahl 2017 untersucht. Hier besteht die Frage, ob bei einer Zunahme der SGB-II-Quote oder des Ausländer_innenanteils Rechtspopulisten einen stärkeren Zuspruch erfahren oder nicht. Einschränkend ist die Untersuchung der Entwicklung des AfD-Zweitstimmenanteils inhaltlich fehleranfällig, da sich die Partei zwischen den Wahlen deutlich verändert hat, wobei allerdings der rechtspopulistische und nationalistische Kern bestehen blieb. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017.

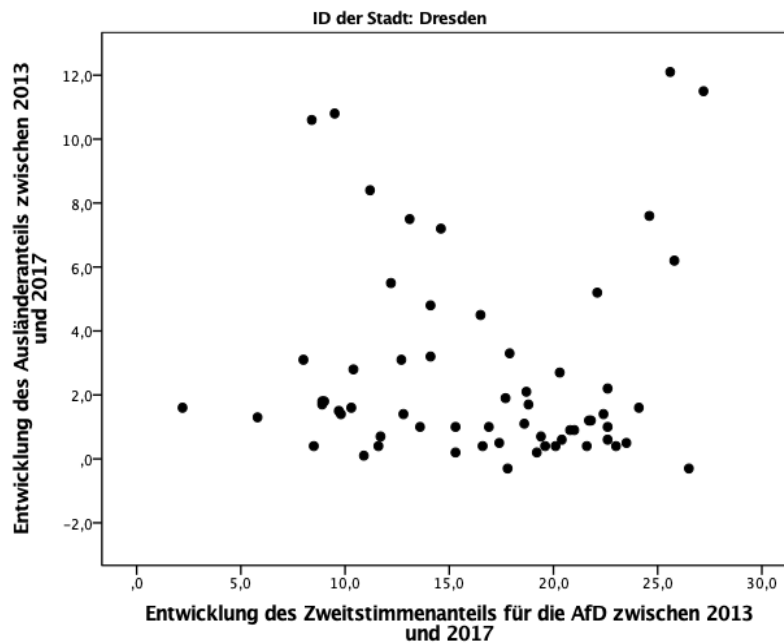
Abbildung 7: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Dresden

Hier ist kein eindeutiger Trend festzustellen, außer dass mit wenigen Ausnahmen die SGB-II-Quote insgesamt zurückgegangen ist. Die Stärke des Rückgangs hat allerdings keinen eindeutigen Effekt auf den Zuspruch zur AfD. Damit ist für Dresden die Überlegung zu verwerfen, dass sozialpolitische Gründe oder die Frustration über die soziale Lage einen Effekt auf die Wahlentscheidung für die AfD gehabt haben könnten.

Abbildung 8: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils



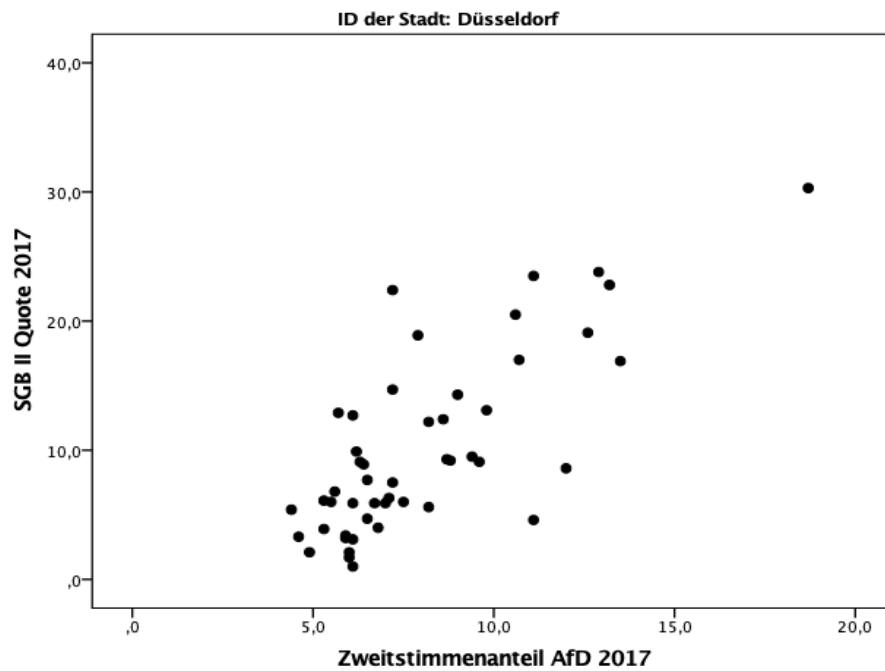
Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Dresden

Abbildung 8 zeigt die Entwicklung des Ausländer_innenanteils sowie des Zweitstimmenanteils der AfD. Zu sehen sind zwei konkurrierende Entwicklungen. Zum einen ist in Stadtteilen, in denen der Ausländer_innenanteil deutlich gestiegen ist, entweder ein besonders geringer oder ein besonders deutlicher Zugewinn der Stimmen für die AfD bei der Bundestagswahl zu erkennen. Das bedeutet, dass innerhalb einer Stadt sowohl die Kontakt- als auch die Konflikthypothese zutreffen kann, was wiederum die Notwendigkeit einer flankierenden lebensweltorientierten Forschung unterstreicht, wenn die Mechanismen auf der lokalen Ebene besser verstanden werden sollen, denn die Hintergründe dieses Musters können mit den vorliegenden Daten nicht erfasst werden.

5.2.2 Fallauswertung: Düsseldorf

In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt war die AfD bei der Bundestagswahl mit 4,2 Prozent der Zweitstimmen wesentlich weniger erfolgreich als in der sächsischen Landeshauptstadt. Hier zeigen sich auch andere und teils klarere Muster bezüglich der sozialstrukturellen Merkmale und des Zweitstimmenanteils der AfD.

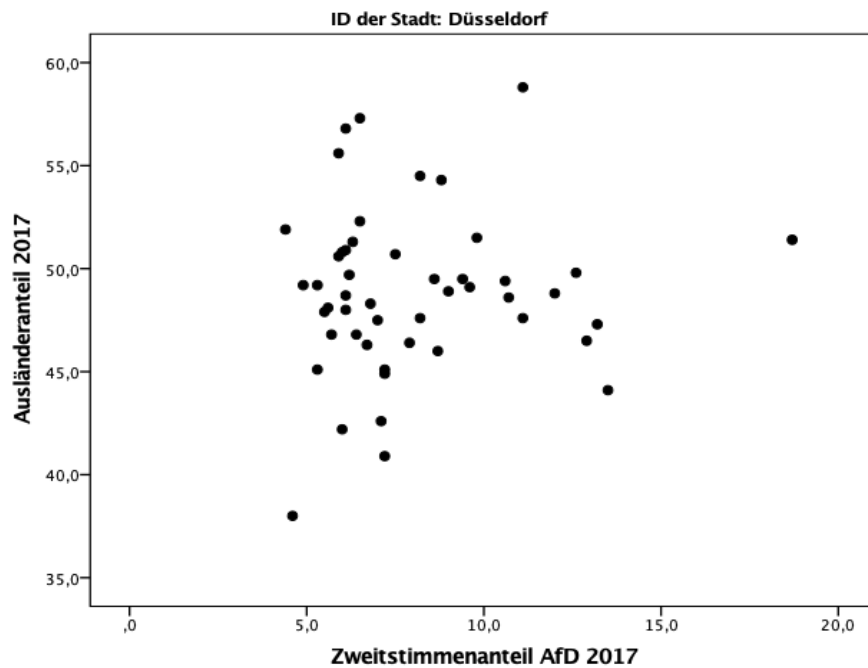
Abbildung 9: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Düsseldorf

Abbildung 9 zeigt den Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl auf der Ebene der 50 Stadtteile Düsseldorfs. Hier ist ein positiver Zusammenhang deutlich zu erkennen, was bedeutet, dass dort, wo der Anteil armutsgefährdeter Menschen erhöht ist, auch der Zuspruch zu Rechtspopulisten erhöht ist, was für die Globalisierungsverliererhypothese spricht.

Abbildung 10: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD

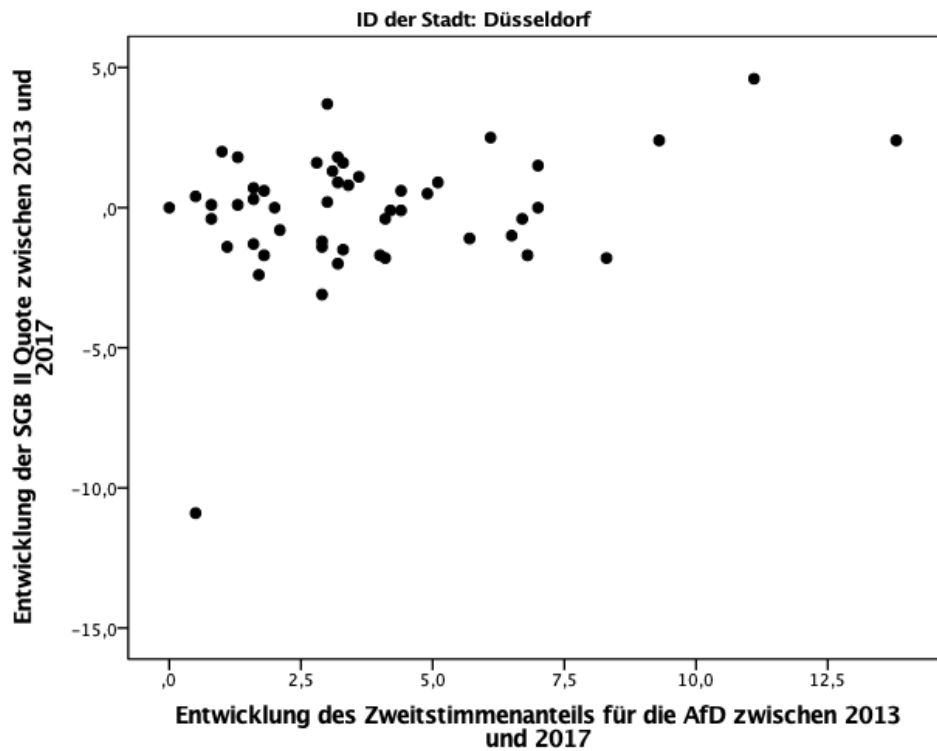


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Düsseldorf

Abbildung 10 beschreibt den Zusammenhang zwischen Ausländer_innenanteil und Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Im Gegensatz zur SGB-II-Quote ist kein klares Muster zu erkennen. Offenbar steht die Wahl von Rechtspopulisten in der Rheinmetropole nicht im Zusammenhang mit dem Ausländer_innenanteil in der eigenen Nachbarschaft, was weder für die Kontakt- noch für die Konflikthypothese spricht. Vielmehr scheint die Wahl von Rechtspopulisten ein Phänomen sozialer Spaltung zu sein.

Nun stellt sich auch für Düsseldorf die Frage, ob Entwicklungen der vorangegangenen Jahre einen begünstigenden Effekt auf die Wahl der AfD hatten. Abbildung 11 zeigt die Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD. Auch hier ist kein Trend zu erkennen, was auch mit der insgesamt relativ unveränderten SGB-II-Quote auf kleinräumiger Ebene zu begründen ist.

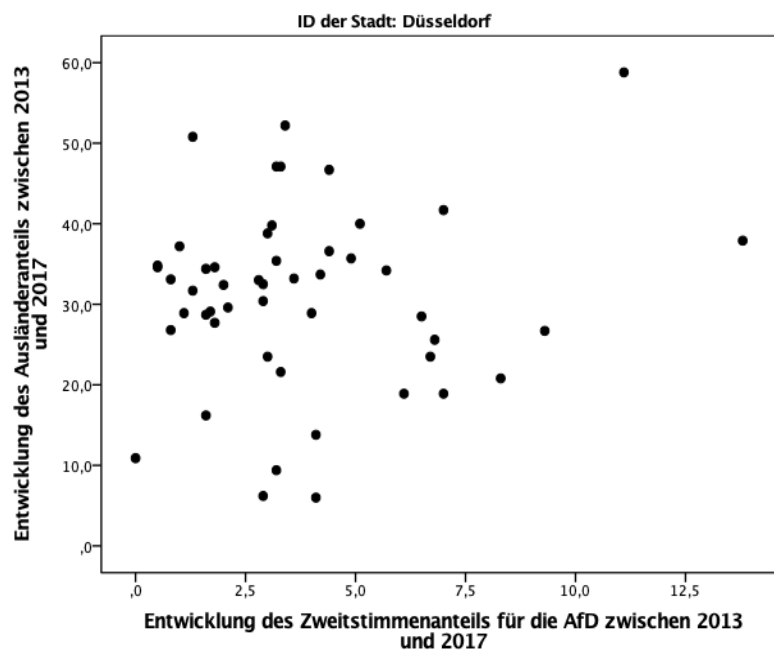
Abbildung 11: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Düsseldorf

Anders ist es bei der Entwicklung des Ausländer_innenanteils, wie Abbildung 12 verdeutlicht. Hier ist insgesamt ein positiver Trend zwischen der Entwicklung des Ausländer_innenanteils und dem Zuegewinn von Zweitstimmen der Rechtspopulisten zu erkennen, wobei es auch hier Ausreißer gibt. Dies weist wiederum auf die Bestätigung der Konflikthypothese hin. Indes ist für Düsseldorf insgesamt festzustellen, dass es vor allem marginalisierte Quartiere mit einer erhöhten Zuwanderung sind, in denen die AfD Stimmen gewinnen konnte, was für Effekte sozialer Spaltung und das Gefühl des Abgehängenseins spricht.

Abbildung 12: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017

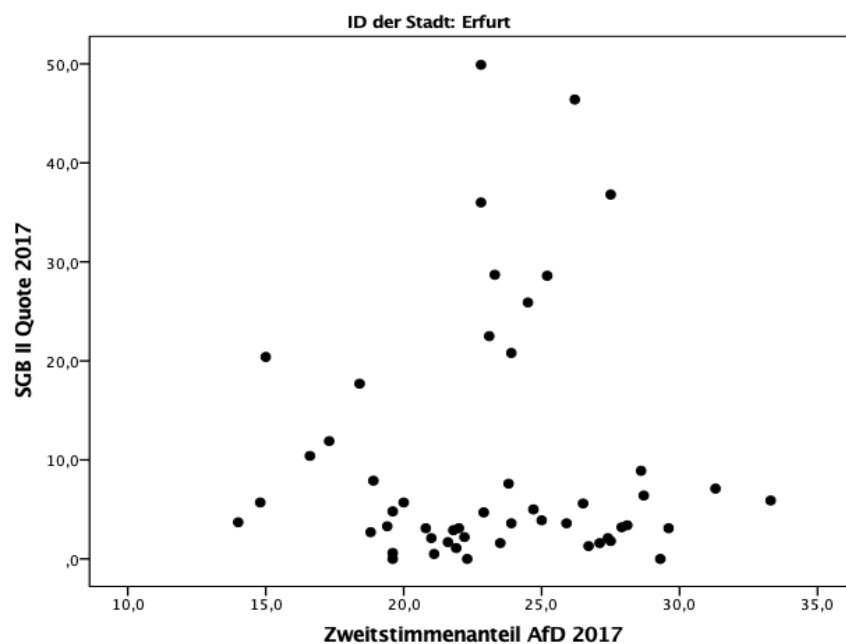


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Düsseldorf

5.2.3 Fallauswertung: Erfurt

Die thüringische Landeshauptstadt ist das dritte ausgewählte Fallbeispiel. Abbildung 13 zeigt den Zusammenhang zwischen SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Hier ist kein eindeutiger Trend zu erkennen, denn die AfD ist sowohl in Stadtteilen erfolgreich, in denen eher armutsbedrohte Haushalte leben, als auch in solchen mit geringer SGB-II-Quote. Eine Ausnahme bilden, in Bezug auf die innerstädtische Relation, Wohngebiete mit besonders geringer SGB-II-Quote. Dort konnte die AfD vergleichsweise sehr wenige Stimmen gewinnen, was wiederum ein Hinweis dafür ist, dass dem Erfolg der Rechtspopulisten auch ein soziales Problem zugrunde liegt.

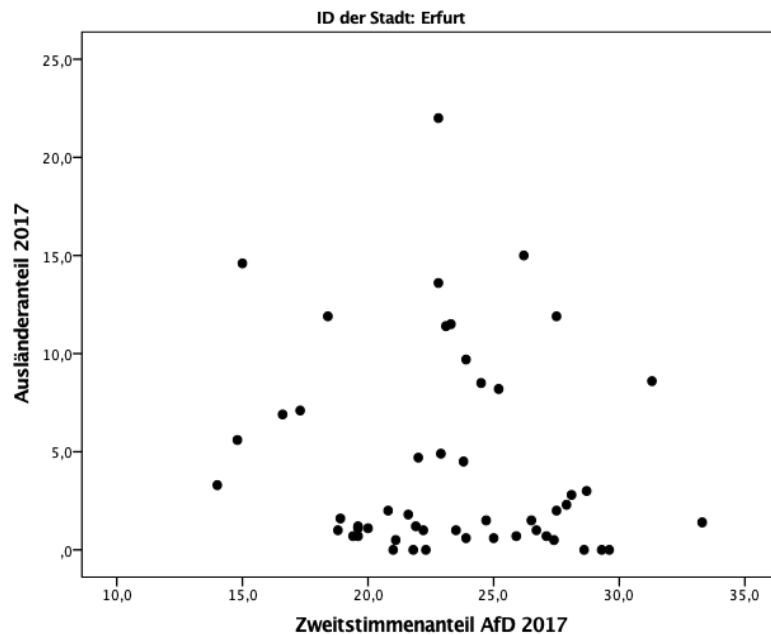
Abbildung 13: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Erfurt

Ein ähnliches Bild zeigt der Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 (Abbildung 14). Hier gibt es einen erhöhten Zuspruch zur AfD unabhängig vom Ausländer_innenanteil, wobei dies nicht für Gebiete mit einer geringen Armutsquote spricht. Damit bestätigt sich der Trend für Erfurt, dass der Wahl von Rechtspopulisten eher ein soziales als ein migrationspolitisches Problem zugrunde liegt.

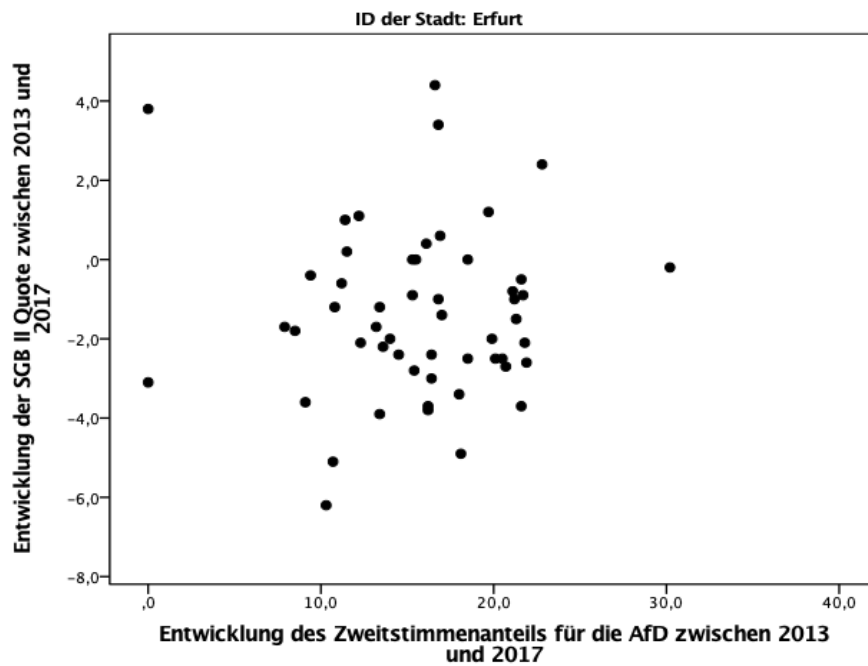
Abbildung 14: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Erfurt

Bei der Entwicklung der SGB-II-Quote in Bezug auf die Entwicklung des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017, ist in Erfurt keine eindeutige Entwicklung abzulesen, wie in Abbildung 15 zu sehen ist. Die AfD gewinnt sowohl in Stadtteilen hinzu, in denen die SGB-II-Quote gestiegen ist, als auch in solchen, in denen sie abgenommen hat. Demnach spielt die Entwicklung sozialer Segregation in Erfurt keine eindeutige Rolle bei der Herausbildung räumlicher Muster im Hinblick auf den Zuspruch zum Rechtspopulismus.

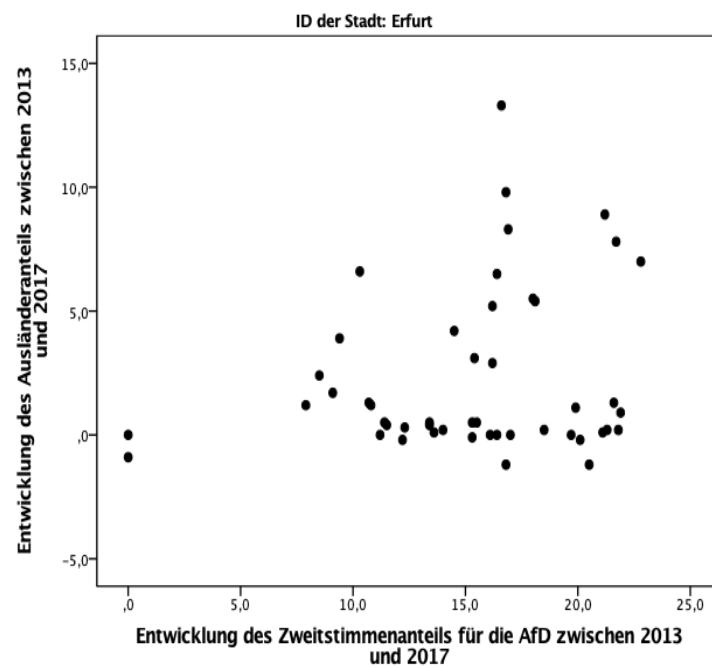
Abbildung 15: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Erfurt

In Bezug auf die Entwicklung des Ausländer_innenanteils und die Entwicklung des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 findet sich zumindest eine Tendenz, wie Abbildung 16 zeigt. Die Stärke der AfD ist besonders dort ausgeprägt, wo der Ausländer_innenanteil in den vorangegangenen Jahren gestiegen ist, was für die Konflikthypothese spricht. Allerdings finden sich auch hier keine Effekte bei Stadtteilen, die keinen Anstieg an Ausländer_innen verzeichnet haben. Offenbar kommen in Erfurt die soziale Spaltung und die negative Wahrnehmung von Zuwanderung im Wohngebiet als Faktoren zusammen, was die Wahl der AfD begünstigt.

Abbildung 16: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD

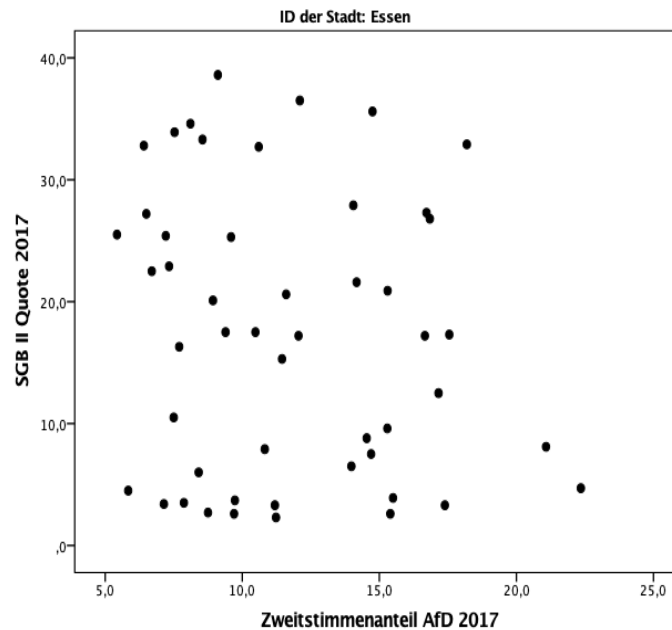


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Erfurt

5.2.4 Fallauswertung: Essen

Die Ruhrgebietsmetropole Essen ist eine deutlich gespaltene Kommune. Nördlich der A 40, welche die Stadt in nahezu zwei gleichgroße Hälften teilt, leben vor allem die ärmeren Haushalte sowie solche mit Zuwanderungsgeschichte, während beides im Süden deutlich seltener anzutreffen ist. Die AfD erreichte in Essen bei der Bundestagswahl 2017 ein Gesamtergebnis von 11,4 Prozent der Zweitstimmen, wobei im Essener Norden in Vogelheim mit 22,35 Prozent der Zweitstimmen die meisten und in Werden im Essener Süden mit 5,43 Prozent der Zweitstimmen die wenigsten Stimmen zu finden sind. Am Fallbeispiel Essen können wir untersuchen, ob eine Überlagerung von sozialer und ethnischer Segregation zu einem Wahlerfolg von Rechtspopulisten führt, was einer Bestätigung der Deprivations- und der Konflikthypothese gleichkäme, oder ob das Gegenteil zutrifft, was für die Konflikthypothese spräche. Abbildung 17 zeigt keine eindeutigen Zusammenhänge zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD.

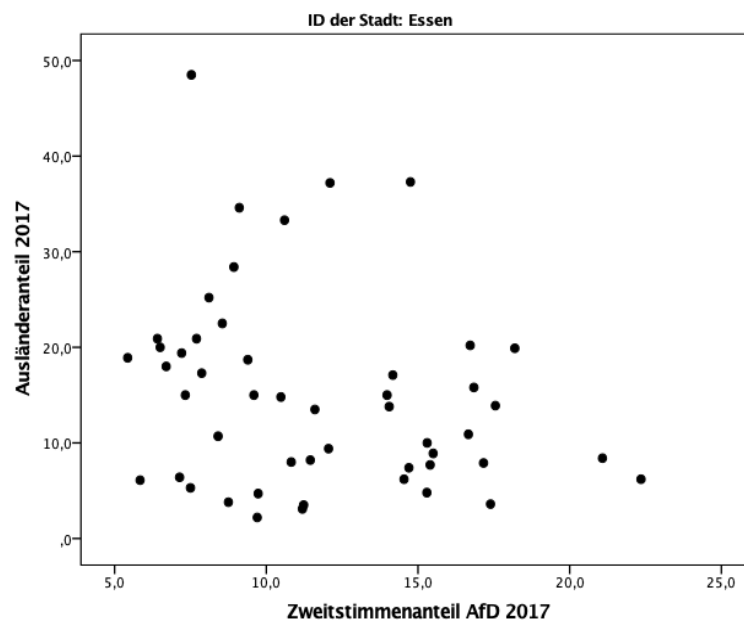
Abbildung 17: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Essen

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 (Abbildung 18). Das bedeutet, dass sich die Effekte der Kontakt- und der Deprivationshypothese gegenseitig aufheben könnten. Eine andere Interpretationsfolie, die mit den vorhandenen Daten nicht geprüft werden kann, ist, dass es milieuhängige Motivationsstrukturen für die Wahl von Rechtspopulisten gibt. Menschen in privilegierten Lebens- und Wohnlagen würden demnach nicht die gleichen Argumente der Partei für ihre Wahlentscheidung berücksichtigen, wie diejenigen, die mit eher prekären Lebens- und Wohnlagen konfrontiert sind.

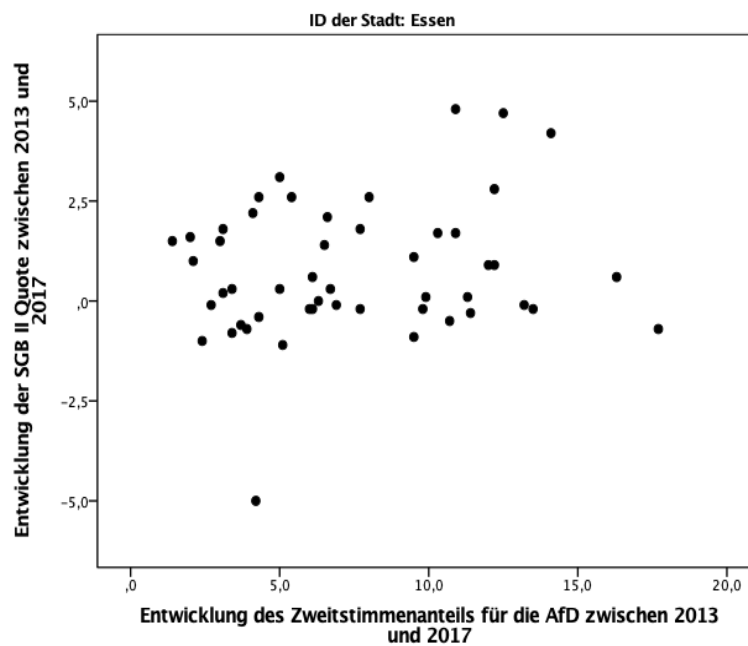
Abbildung 18: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Essen

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass die AfD dort besonders erfolgreich ist, wo die SGB-II-Quote, als Schätzfaktor für Armutsgefährdung, gestiegen ist. Abbildung 19 zeigt die Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen 2013 und 2017. Auch hier ergibt sich ein unklares Bild, weshalb diese Zusammenhangsvermutung verworfen werden muss.

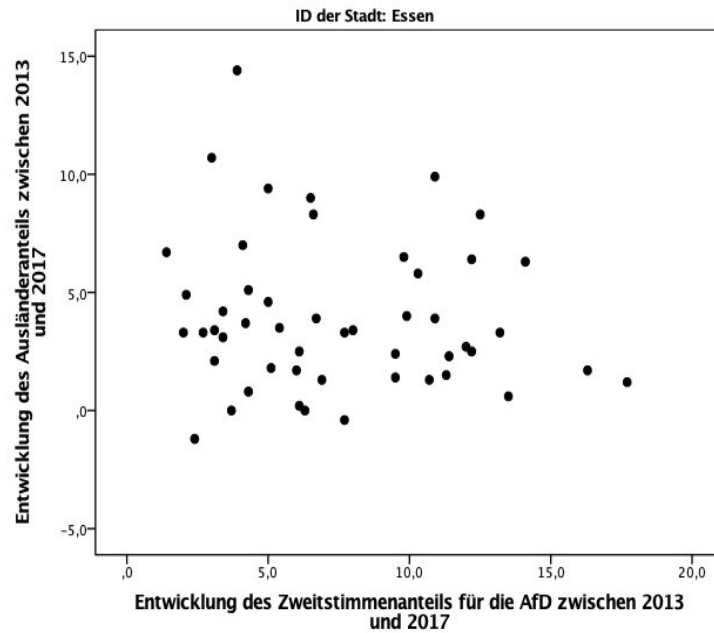
Abbildung 19: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Essen

Ein etwas klareres, wenn auch noch immer uneindeutiges Bild ergibt sich bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017, wie Abbildung 20 zeigt. Hier ist zu sehen, dass in Stadtteilen, in denen der Ausländer_innenanteil relativ stark zugenommen hat, die AfD besonders geringe Zugewinne verzeichnen konnte, was wiederum für die Kontakthypothese spricht.

Abbildung 20: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Essen

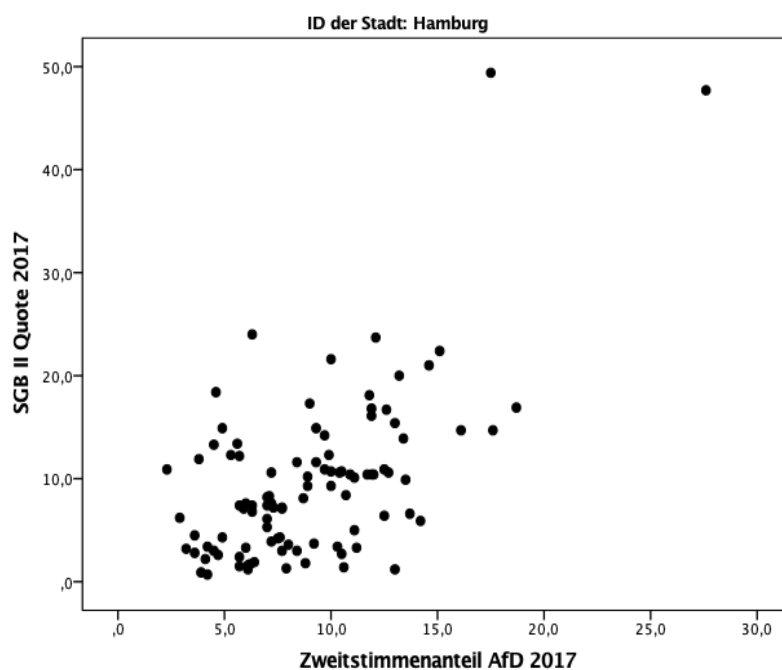


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Essen

5.2.5 Fallauswertung: Hamburg

Die Hansestadt ist zugleich ein eigenes Bundesland, sodass es auch zu Wahlentscheidungen aufgrund landespolitischer Motive, wie die Abstrafung der Bürgerschaft aus Ärger, kommen kann. Darüber hinaus ist Hamburg eine insgesamt wohlhabende Großstadt, in der die soziale Segregation ausgeprägt ist. Es gibt durchaus Stadtteile mit erhöhter SGB-II-Quote. Abbildung 21 zeigt den Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Zu erkennen ist ein eindeutig positiver Zusammenhang, was für die Hypothese der relativen Deprivation spricht.

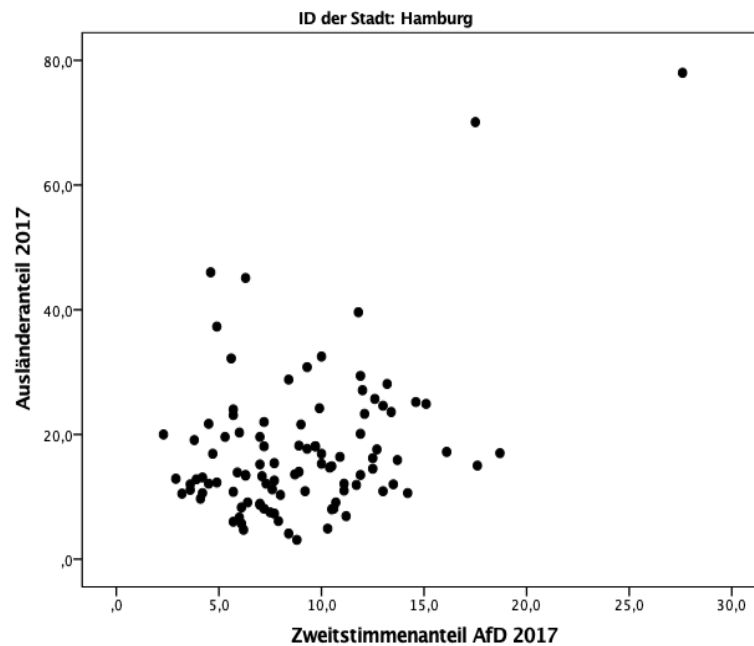
Abbildung 21: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Hamburg

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Untersuchung von Ausländer_innenanteil und Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf der Ebene Stadtteile in Hamburg (Abbildung 22). Dort, wo die meisten Zugewanderten leben, konnte die AfD die meisten der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Das bedeutet, dass es Orte abgehängter Milieus gibt, in denen Rechtspopulisten Zuspruch erfahren, was eher für die Deprivations- und gegen die Kontakthypothese spricht.

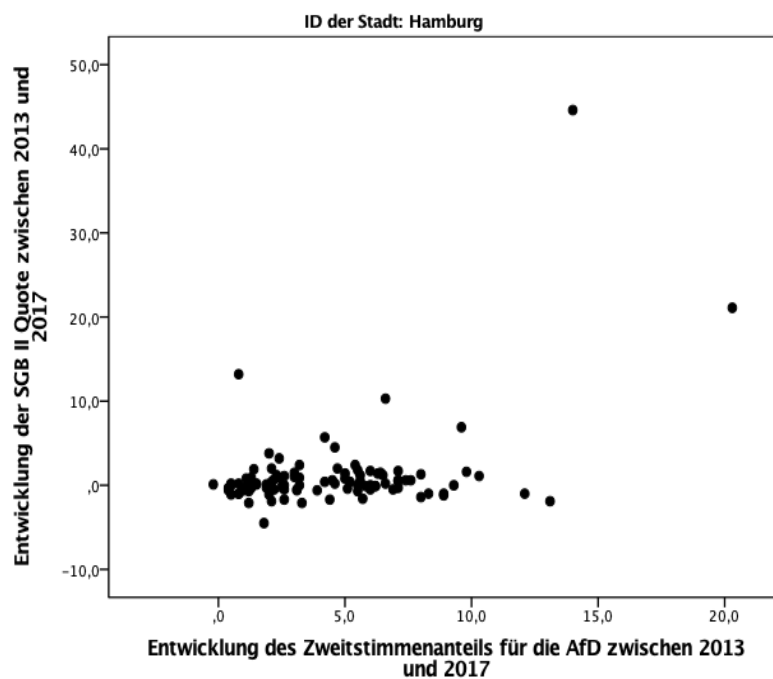
Abbildung 22: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Hamburg

Die Interpretation der Entwicklung von SGB-II-Quote und Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 (Abbildung 23) lässt mit Ausnahme von zwei Ausreißern keinen Trend erkennen. Die Ausnahmen sind zwei Stadtteile, in denen sowohl die SGB-II-Quote als auch die Zustimmung zur AfD besonders stark gestiegen ist. Beide Gebiete sind sehr klein, weswegen die Entwicklung so drastisch ausfällt. Allerdings ist dies auch als Hinweis zu werten, dass unter bestimmten sozialstrukturellen Bedingungen, wie einer erhöhten Marginalisierung, die Hinwendung zu Rechtspopulisten größer ist.

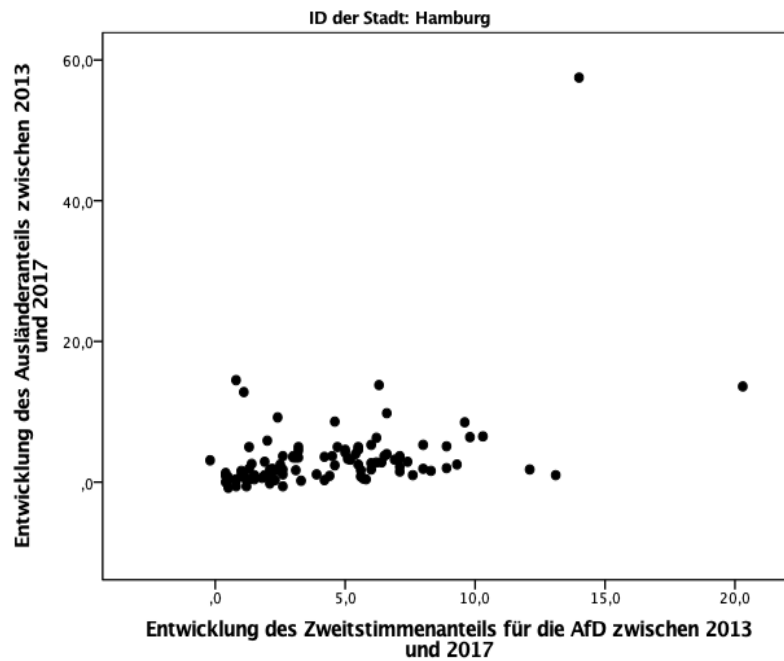
Abbildung 23: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Hamburg

Ein nahezu identisches Bild ergibt sich bei der Untersuchung der Entwicklung von Ausländer_innenanteil und Zweitstimmen für die AfD (Abbildung 24). Auch hier ist zu sehen, dass kaum ein Zusammenhang besteht, mit Ausnahme zweier Ausreißer, was die Hypothese spezifischer sozialräumlicher Konsellationen untermauert. Hier bedarf es allerdings weiterer empirischer Falluntersuchungen.

Abbildung 24: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hamburg

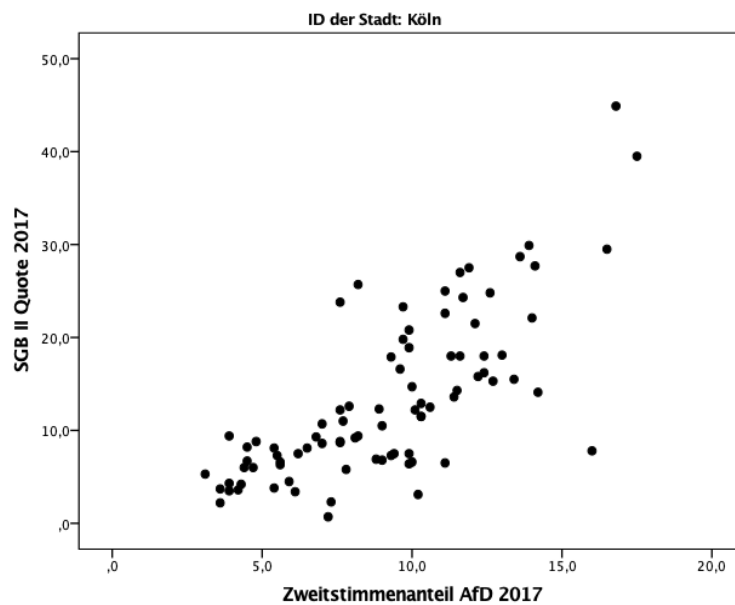


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Hamburg

5.2.6 Fallauswertung: Köln

Die Rheinmetropole ist die größte Stadt Nordrhein-Westfalens, dem bevölkerungsreichsten Bundesland. Zudem ist Köln eine deutlich sozial gespaltene Stadt, mit einer ähnlichen Sozialstruktur wie Düsseldorf. So findet sich auch, wie Abbildung 25 zeigt, der positive Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017, was für die Deprivationshypothese spricht.

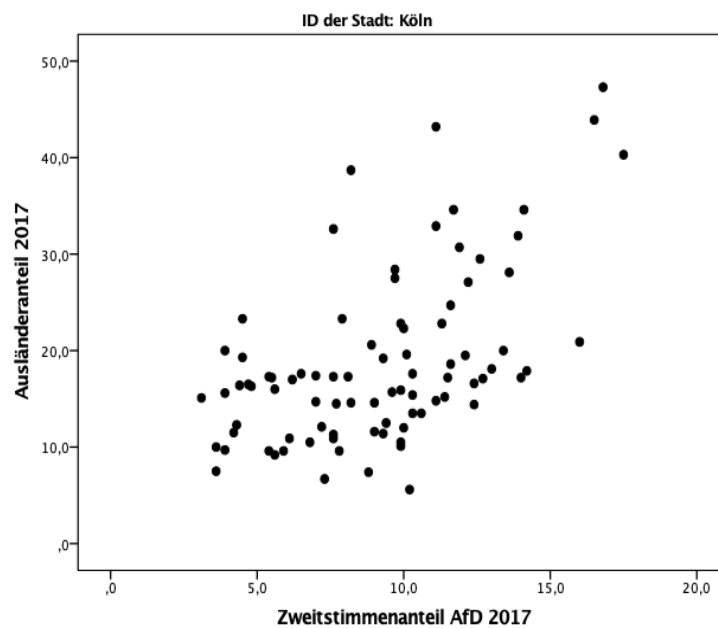
Abbildung 25: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Köln

Auch bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Anteil der Zweitstimmen für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf der Ebene der 86 Kölner Stadtteile zeigt sich eine positive Beziehung (Abbildung 26). Dort, wo in Köln anteilig die meisten Zugewanderten leben, konnte die AfD besonders viele Zweitstimmen bei der Bundestagswahl gewinnen. Dies wiederum spricht für die Konflikt- und gegen die Kontakthypothese. Doch auch eine weitergehende Interpretation ist möglich, da wir nun in mehreren, Kommunen, die ähnlich gelagert sind, ein ähnliches Bild sehen. Offenbar gewinnt die AfD in prosperierenden westdeutschen Großstädten vor allem in den sozial und ethnisch segregierten Gebieten.

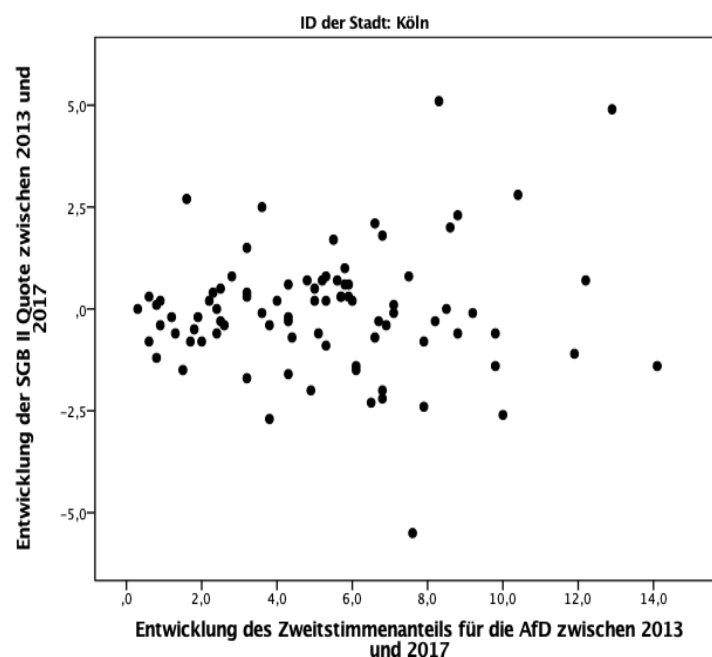
Abbildung 26: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Köln

Ein komplexes Muster ergibt die Untersuchung der Entwicklung der SGB-II-Quote gegenüber der Entwicklung der Zweitstimmenanteile der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 in Köln (Abbildung 27). Zum einen gewinnt die AfD Stimmenanteile dort, wo die SGB-II-Quote besonders stark gestiegen ist, aber eben auch dort, wo sie besonders deutlich gesunken ist. Während Ersteres für die Deprivationshypothese spricht, erscheint die zweite Entwicklung widersprüchlich. Allerdings ist davon auszugehen, dass es sich weiterhin um sozial segregierte Quartiere handelt, auch wenn die SGB-II-Quote zurückgegangen ist. Zugleich ist davon auszugehen, dass die Furcht vor Armut einen positiven Effekt auf die Wahl der AfD hat, was mit den vorhandenen Daten aber nicht geprüft werden kann, und dass Menschen, die schon einmal im SGB-II-Bezug waren, diese Furcht verspüren.

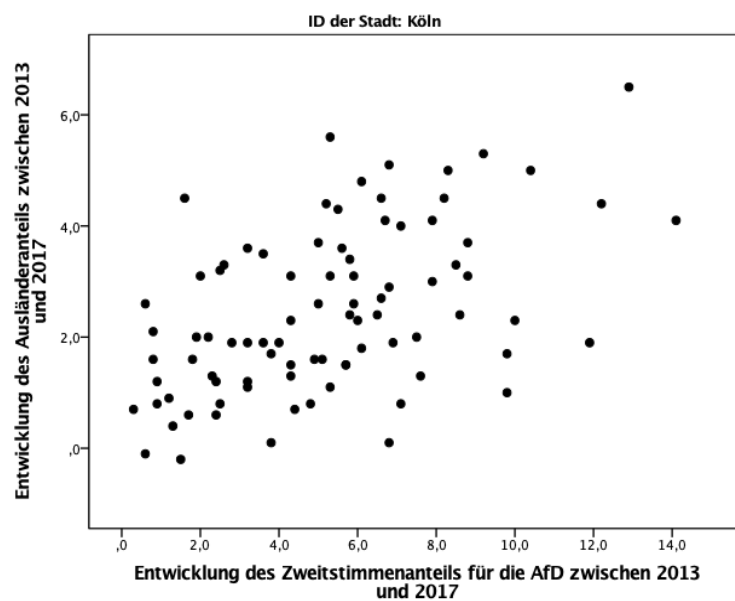
Abbildung 27: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Köln

Relativ eindeutig ist wiederum der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Ausländer_innenanteils und der Entwicklung des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017, wie Abbildung 28 zeigt. Zu erkennen ist, dass dort, wo der Ausländer_innenanteil besonders deutlich gestiegen ist, auch die AfD mehr Stimmen auf sich vereinen konnte. Das wiederum spricht gegen die Kontakt- und eher für die Konflikthypothese und bestätigt den Befund, dass es spezifische sozialräumliche Konstellationen gibt, unter denen die AfD Zuspruch erfährt.

Abbildung 28: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Köln

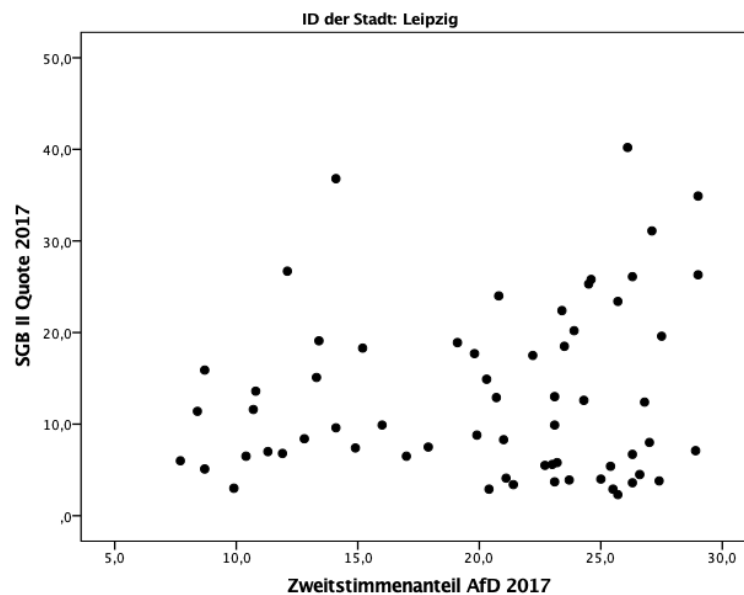


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Köln

5.2.7 Fallauswertung: Leipzig

Leipzig ist die größte Stadt Sachsens, des Bundeslandes, in dem die AfD bei der Bundestagswahl 2017 stärkste Kraft wurde. Gleichzeitig hat Leipzig ein relativ starkes linkes Milieu, und es hat sich in den vergangenen Jahren eine international orientierte Kreativszene herausgebildet. Diese gegenläufigen Entwicklungen, eingebettet in den Makrokontext Sachsen, versprechen stichhaltige Ergebnisse für ein besseres Verständnis, unter welchen räumlichen Bedingungen die AfD Zuspruch erfährt. Abbildung 29 zeigt den Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf der Ebene der 63 Stadtteile. Hier ist ein unklarer, wenn auch eher positiver Zusammenhang zu erkennen. Dies gibt angesichts der Tatsache, dass dies auch auf andere Quartiere zutrifft, einen schwachen Hinweis darauf, dass in Stadtteilen mit einem erhöhten Anteil von armutsbedrohten Familien die AfD verstärkten Zuspruch erfährt.

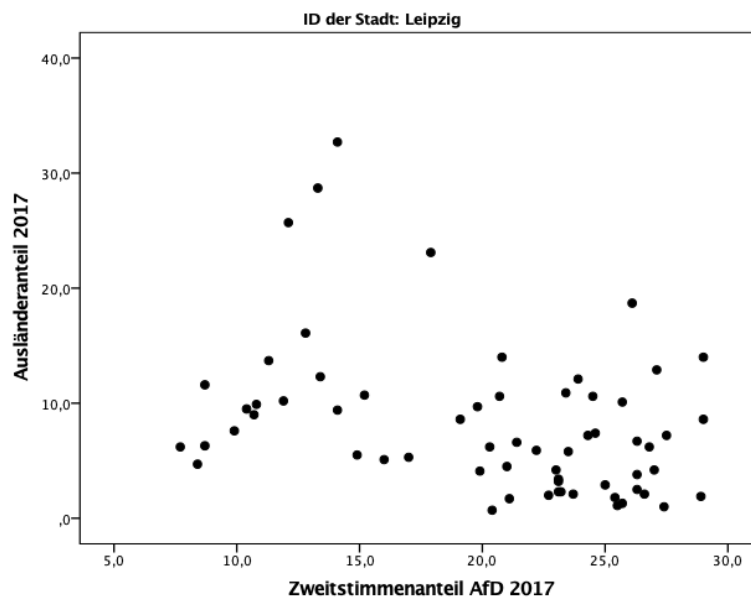
Abbildung 29: Zusammenhang zwischen der SGB-II-Quote und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Leipzig

Eindeutiger ist der Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig, wie in Abbildung 30 dargelegt. Hier ist, ähnlich wie in Dresden, ein negativer Zusammenhang zu erkennen. Dort, wo anteilig die meisten Zugewanderten in der sächsischen Großstadt leben, kann die AfD die wenigsten Stimmen auf sich vereinen. Dieses Muster spricht für die Kontakt- und gegen die Konflikthypothese, offenbart aber auch, dass es unterschiedliche räumliche Typen von Städten gibt, was die Wahl der AfD angeht. Darauf hat bereits die Clusteranalyse hingewiesen, offenbar spiegelt sich dieser Zusammenhang aber auch auf der kleinräumigen Ebene wider.

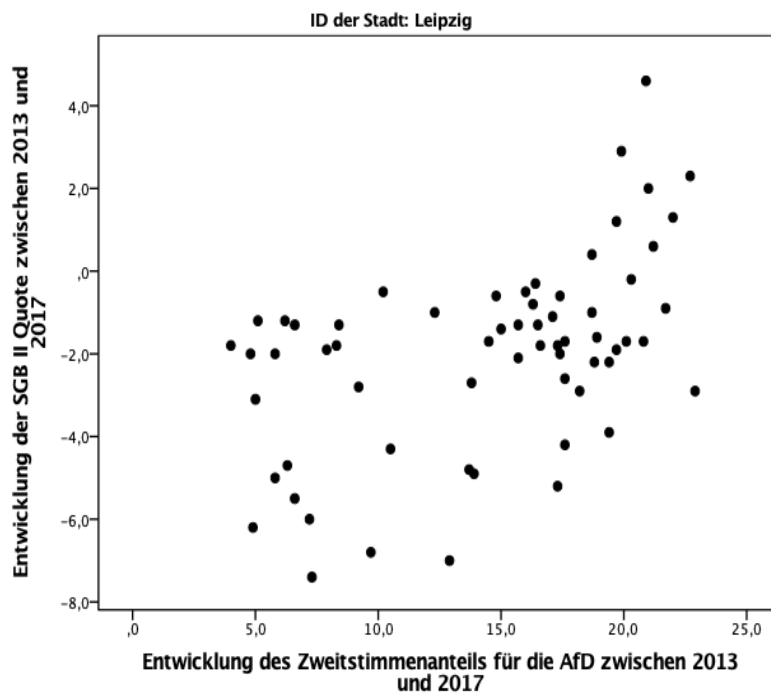
Abbildung 30: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Leipzig

Auch die Entwicklung der SGB-II-Quote im Zusammenhang mit der Entwicklung des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017 passt ins Bild. Wie in Abbildung 31 zu erkennen ist, ist die SGB-II-Quote in der Mehrzahl der Stadtteile gesunken. Allerdings ist in den Quartieren, in denen die SGB-II-Quote gestiegen ist, der Zuwachs des Zweitstimmenanteils für die AfD ebenfalls besonders hoch ausgefallen. Das wiederum bedeutet, dass in Quartieren mit erhöhter Armutsprägung in Leipzig Rechtspopulisten vermehrt Zuspruch erfahren.

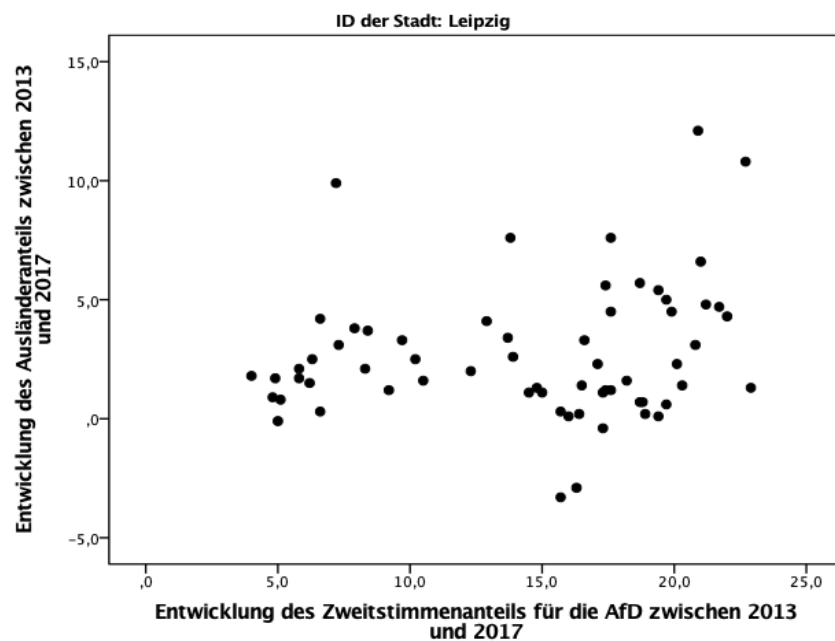
Abbildung 31: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Leipzig

Ähnlich sieht es bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Ausländer_innenanteils und der Entwicklung des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 aus. Wie in Abbildung 32 zu sehen ist, zeigt sich auch hier ein leicht positiver Zusammenhang. Dabei ist festzuhalten, dass dort, wo der Ausländer_innenanteil am stärksten gestiegen ist, auch die AfD besonders deutlich an Stimmen gewonnen hat. Der Anstieg des Ausländer_innenanteils hat indes nicht in denselben Stadtteilen stattgefunden, in denen nun die meisten Zugewanderten leben, denn dort hat die AfD die geringsten Stimmenanteile auf sich vereinen können. Hier geht es demnach eher um die Entwicklung der Zuwanderung als Faktor für den Stimmenanteil der AfD.

Abbildung 32: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Leipzig

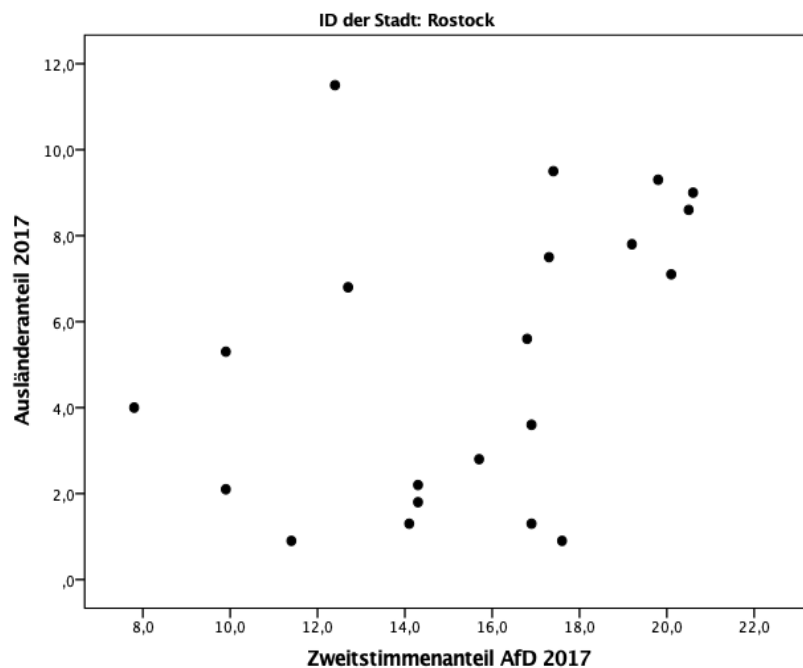


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Leipzig

5.2.8 Fallauswertung: Rostock

Für die Hansestadt Rostock liegt der Indikator der SGB-II-Quote nicht auf kleinräumiger Ebene vor, weswegen auf die Untersuchung der sozialen Dimension verzichtet werden muss. Die Großstadt an der Ostsee ist deshalb von Interesse, weil die NPD in den vergangenen Jahren in Mecklenburg-Vorpommern versucht hat, sich in weiten Teilen des Landes zu etablieren. Zudem gab es in den 1990er Jahren im Stadtteil Lichtenhagen rechtsextreme Ausschreitungen. In Kombination mit dem Befund aus dem Forschungsstand, dass die AfD dort besonders erfolgreich ist, wo bereits vorher die NPD erfolgreich war, macht die Untersuchung der größten Kommune des nordostdeutschen Flächenlandes zu einem aufschlussreichen Fallbeispiel. Abbildung 33 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Der positive Zusammenhang weist, wenngleich es auch Ausreißer gibt, auf die Bestätigung der Konflikthypothese hin.

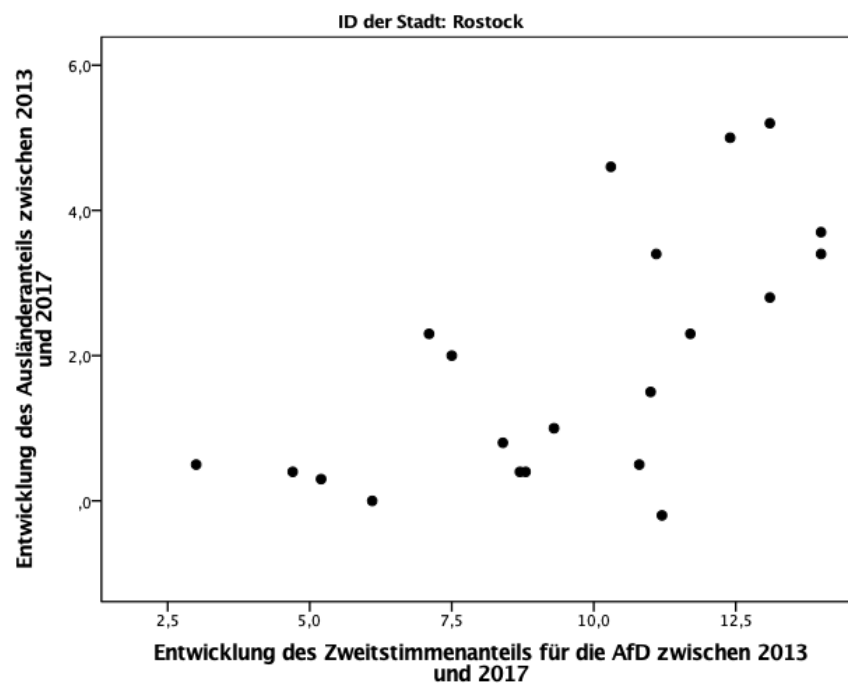
Abbildung 33: Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Rostock



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Rostock

Der positive Zusammenhang ist, wie in Abbildung 34 zu sehen, auch bei einer Betrachtung der Entwicklung zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 stabil. Dort, wo der Ausländer_innenanteil relativ stark zugenommen hat, konnte auch die AfD besonders viele Stimmenanteile hinzugewinnen. Dies bestätigt den Befund, dass hier eher die Konflikt- als die Kontakthypothese zutrifft. Die Hintergründe, ob z. B. die Tradition rechter Parteien in Mecklenburg-Vorpommern einen Effekt hat, können mit den vorhandenen Daten nicht untersucht werden.

Abbildung 34: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Rostock

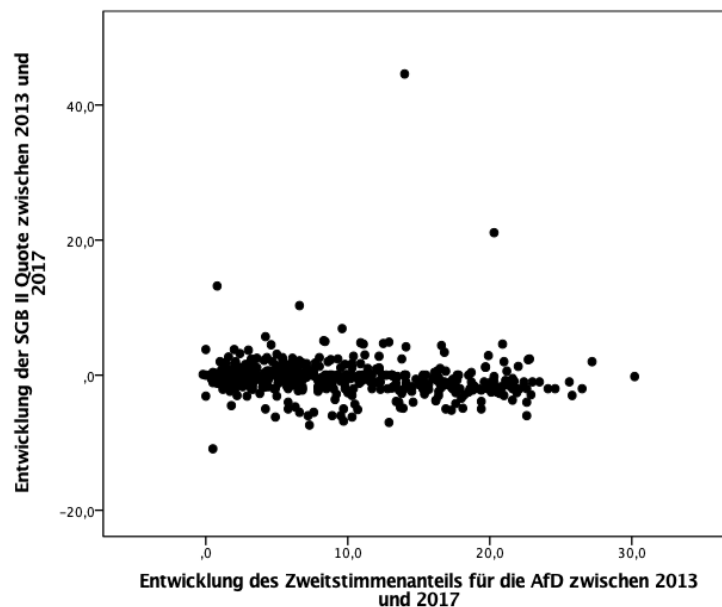


Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Stadt Rostock

5.3 Integrierte Auswertung

Nach der fallbezogenen Auswertung wird nun eine Untersuchung der Stadtteile über alle acht Kommunen hinweg unternommen, bei der jedoch einzig die Entwicklung im Fokus steht. Der Hintergrund ist, dass sowohl die Zweitstimmenanteile für die AfD als auch die SGB-II-Quoten und der Ausländer_innenanteil teilweise so deutlich kommununenabhängig streuen, dass eine integrierte Auswertung wenig sinnvoll ist. Das bedeutet, dass Stadtteile mit einem geringen Ausländer_innenanteil in der einen Stadt in einer anderen Kommune zu den Stadtteilen mit dem höchsten Ausländer_innenanteil gehören würden. Gleichwohl ist vor dem Hintergrund der fallbezogenen Befunde kein eindeutiges Muster zu erwarten. So zeigt Abbildung 35 die Entwicklung der SGB-II-Quote im Zusammenhang mit der Entwicklung des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017, ohne dass ein eindeutiger Trend festzustellen ist.

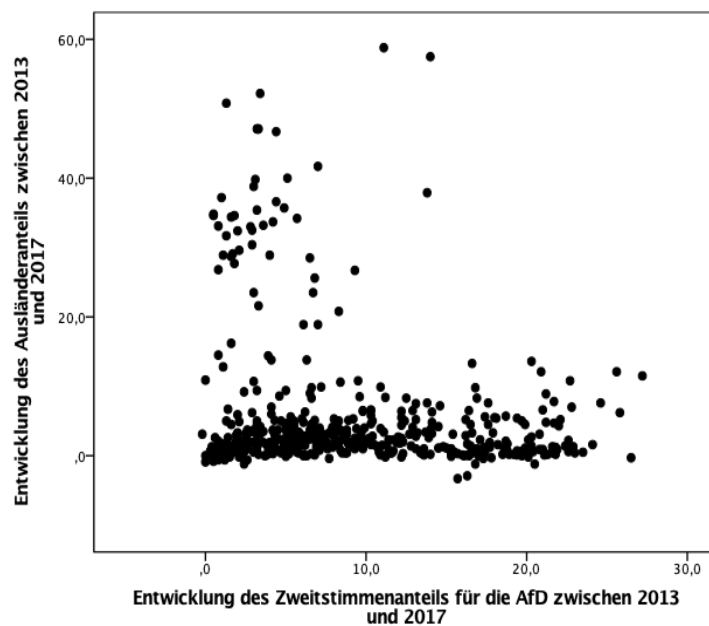
Abbildung 35: Entwicklung der SGB-II-Quote und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Kommunale Statistikämter der jeweiligen Kommunen

Komplexer ist das Bild hinsichtlich der Entwicklung des Ausländer_innenanteils. Zwar gibt es einen bedeutenden Anteil von Stadtteilen, die eine Zunahme des Zweitstimmenanteils der AfD zwischen der Bundestagswahl 2013 und der von 2017 unabhängig von der Entwicklung des Ausländer_innenanteils verzeichnen (Abbildung 36), doch ist auffällig, dass diejenigen Stadtteile, die hier einen besonders hohen Zuwachs an Zugewanderten verzeichnen, einen vergleichsweise geringen Anstieg des Zweitstimmenanteils der AfD aufweisen. Demnach trifft bei einer Gesamtschau eher die Kontakt- als die Konfliktthypothese zu.

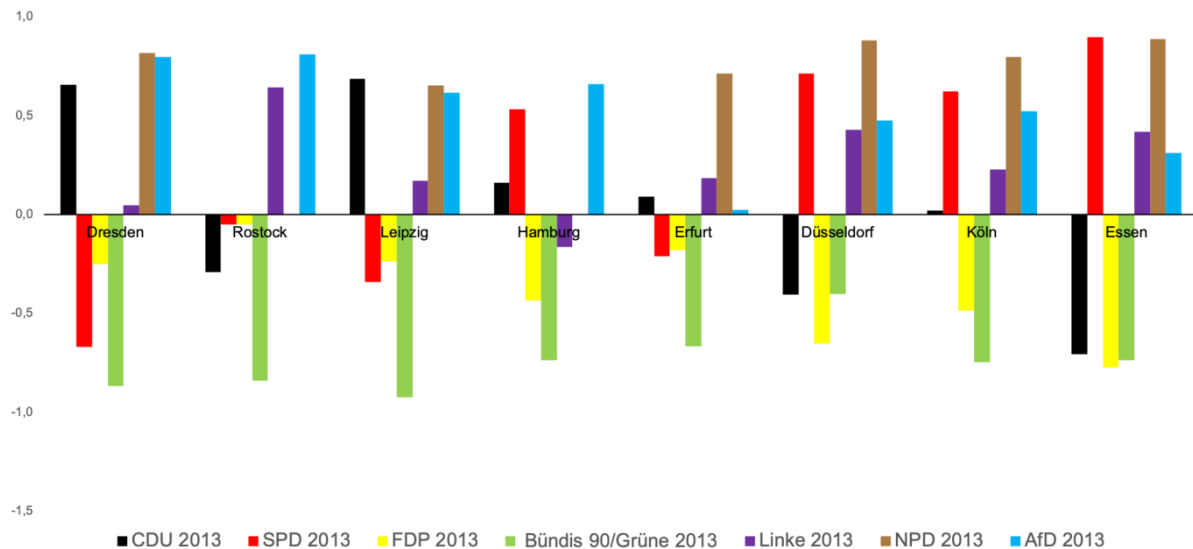
Abbildung 36: Entwicklung des Ausländer_innenanteils und des Zweitstimmenanteils der AfD bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Kommunale Statistikämter der jeweiligen Kommunen

Abschließend wird untersucht, ob die AfD bei der Bundestagswahl 2017 an den Orten erfolgreich war, an denen sie schon 2013 erfolgreich war, oder ob es andere Pfade gibt. Dafür wurde der Korrelationskoeffizient nach Pearson auf der Ebene der Stadtteile berechnet, wobei jeweils der Zweitstimmenanteil der anderen Bundestagsparteien bei der Bundestagswahl 2013 mit dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl korreliert wurde. Abbildung 37 zeigt das Ergebnis in Bezug zur Bundestagswahl 2017.

Abbildung 37: Korrelationskoeffizient des Zweitstimmenanteils der AfD 2017 im Vergleich zu 2013



Quelle: Eigene Berechnung; Daten: Kommunale Statistikämter der jeweiligen Kommunen

Für die Interpretation ist zu beachten, dass die Balken unterhalb der horizontalen Linie bedeuten, dass dort die jeweilige Partei bei der Bundestagswahl 2013 besonders schwach, im Sinne des Zweitstimmenanteils, war. Wenn der Balken jeweils über der horizontalen Linie liegt, dann war dort die jeweilige Partei bei der Bundestagswahl 2013 stark, womit ein erhöhter Zweitstimmenanteil gemeint ist. Insgesamt sind drei Befunde festzuhalten: Erstens profitiert die AfD in westdeutschen Großstädten offenbar von der Schwäche der SPD und in ostdeutschen Großstädten von der Schwäche der CDU; zweitens ist die AfD dort erfolgreich, wo sie bereits 2013 relativ viele Stimmen auf sich vereinen konnte und wo zugleich die NPD erfolgreich war. Das bedeutet, dass der Erfolg der AfD auf der Stärke rechter Parteien fußt. Drittens kann die AfD in liberal geprägten Räumen keinen Zuspruch akkumulieren. Dort, wo bereits 2013 die FDP oder das Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurden, konnte die AfD 2017 nur relativ geringe Stimmenanteile gewinnen.

6. Fazit

Die Untersuchung räumlicher Muster des Erfolgs und Misserfolgs von Rechtspopulisten und insbesondere der AfD stand im Mittelpunkt dieser Studie. Im ersten Teil wurde der westeuropäische deutsch- und englischsprachige Forschungsstand zu Rechtspopulisten und Raum strukturiert ausgewertet, um räumliche Merkmale zu isolieren, die zum Wahlerfolg von Rechtspopulisten beitragen. Im zweiten Teil wurde zuerst eine räumliche Typisierung auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland unternommen, um die strukturellen Unterschiede sichtbar zu machen. Dafür wurde auf die aus dem Forschungsstand abgeleiteten Indikatoren zurückgegriffen. Anschließend wurden acht ausgewählte Kommunen auf der kleinräumigen Ebene untersucht, um auch hier Muster zu identifizieren. Die Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst und anschließend politische Implikationen abgeleitet sowie weitergehender Forschungsbedarf formuliert.

6.1 Regionale und kleinräumige Muster

Anhand der Analyse regionaler Muster, mittels einer Clusteranalyse, sind wir einen Schritt weiter beim Verständnis des Zusammenhangs zwischen Rechtspopulismus und räumlichem Kontext. Auffällig ist, dass im regionalen Kontext die AfD durchschnittlich dort die besten Zweitstimmenergebnisse erzielte, wo die Kommunen unter wirtschaftlichem Druck stehen, was auf Cluster 1, 2 und 6 zutrifft. Der Großteil der Kommunen ist in Ostdeutschland verortet, was aber noch keinen Effekt alleine bedeutet, sondern eher auf makrostrukturelle Einflussfaktoren verweist, wie wirtschaftliche Herausforderungen. Zugleich zeichnen sich die Orte durch eine erhöhte Fremdenfeindlichkeit und die dazu parallele Hinwendung zu Rechtsextremisten aus. Der Ausländer_innenanteil scheint nur einen nachrangigen Effekt zu haben. Demnach scheint bereits auf der regionalen Ebene ein ökonomischer Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten zu bestehen.

Dieser bestätigt sich bei der Untersuchung der kleinräumigen Muster von Sozialstruktur und der Wahl der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Ausgehend von der theoretischen Diskussion und der Aufarbeitung des Forschungsstandes war davon auszugehen, dass sich vor allem die Kontakthypothese bewahrheitete. Allerdings finden wir im Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation und der Wahl von Rechtspopulisten unklare Ergebnisse. Ein Zusammenhang scheint dort aufzutreten, wo Zuwanderung ein relativ neues Phänomen ist, wie in den ostdeutschen Großstädten. Dort ist der Anteil der Zweitstimmen für die AfD im innerstädtischen Vergleich – in den Innenstädten leben die meisten Zugewanderten – am geringsten. In den eher wachsenden, aber sozial polarisierten westdeutschen Großstädten, wie Köln oder Hamburg, finden wir einen positiven Zusammenhang zwischen dem Ausländer_innenanteil und der Wahl der AfD. Hier scheint eher die Konflikthypothese zuzutreffen. Es handelt sich demnach um unterschiedliche Muster in Bezug auf die Reaktion auf Zuwanderung, abhängig davon, ob es bereits ein migrationsgeprägter Ort ist oder nicht – allerdings mit dem auf dem ersten Blick paradoxen deskriptiven Befund, dass Rechtspopulisten in eher migrationserfahrenen Orten Zuspruch erfahren. Der Befund ist jedoch allein im Zusammenhang mit der sozialen Lage zu interpretieren. Denn in den wachsenden und eher wirtschaftsstarken westdeutschen Großstädten leben die meisten Zugewanderten dort, wo auch die meisten Empfänger von Leistungen nach dem SGB II wohnen, was in den ostdeutschen Städten nicht unbedingt der Fall ist.

Demnach sehen wir ein relativ kohärentes räumliches Muster bei der Wahl von Rechtspopulisten. Städte oder auch Stadtteile mit erhöhter Armutsprägung sind zugleich Orte, an denen die AfD Geländegewinne erzielen kann, und das relativ unabhängig von der Migrationsprägung eines Ortes. Allerdings lässt sich, ohne die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses, kein Rückschluss auf individuelle Wahlmotive formulieren. Im Zusammenspiel mit der Auswertung der Wahlerfolge anderer Parteien bei der Bundestagswahl 2013 sind zudem vier Aspekte der politischen Prägung deutlich geworden, welche das räumliche Muster der Wahl von Rechtspopulisten bei der Bundestagswahl 2017 mitbestimmen:

- Die AfD hat in ostdeutschen Großstädten von der Schwäche der CDU profitiert.
- Die AfD konnte in westdeutschen Großstädten von der Schwäche der SPD profitieren.
- Die AfD war dort besonders erfolgreich, wo bei der Bundestagswahl 2013 rechte Parteien, wie die NPD, relativ viele Stimmen auf sich vereinen konnten.
- Die AfD hat dort besonders wenige Stimmen erhalten, wo bei der Bundestagswahl 2013 liberale Parteien ein relativ gutes Ergebnis erzielten.

Die räumlichen Muster des Wahlerfolgs der AfD bei der Bundestagswahl 2017 werden demnach sozialstrukturell durch Armut und sozialkulturell durch die Parteienprägung, mitsamt der Krise der Volksparteien, geformt.

6.2 Politische Implikationen

Ausgehend von dem zentralen Befund, dass Rechtspopulisten besonders dort Stimmen auf sich vereinen können, wo eine erhöhte Armutsprägung vorhanden ist, stellt sich die Frage, ob der AfD durch migrationspolitische Reformen tatsächlich der Erfolg streitig gemacht werden kann. Zwar ist dies das Mittel der Wahl seit der Bundestagswahl 2017, doch lässt sich auf der Grundlage der bisherigen Befunde – der hier erarbeiteten sowie der aus dem Forschungsstand – kaum eine Erfolgsaussicht ableiten, und zwar aus drei Gründen:

Erstens zeigen die Untersuchungen zur Wahlmotivation der AfD, dass es vor allem Ausländer_innenfeindlichkeit ist, welche den Zuspruch bestimmt (vgl. Schröder 2018). Das bedeutet, streng genommen, dass eine Politik im Sinne des Wählerwunsches rassistischen Motiven folgen müsste, was durch das Grundgesetz ausgeschlossen ist. Eine zunehmende rechtliche Verschärfung der Zuwanderungsregelungen kann ohnehin keinen Wähler überzeugen, der rassistische politische Vorstellungen hat. Stattdessen bräuchte es hier eine klare Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und eine Förderung pluralen Demokratieverständnisses.

Zweitens greifen die Argumentationsstrukturen von Rechtspopulisten auf ein vorhandenes subjektives Benachteiligungsempfinden zurück. Typische Argumente sind, dass Zugewanderte vom Staat versorgt würden, während Deutsche für alles hart arbeiten müssten. Aus dem zugrundeliegenden Glauben an Etabliertenvorrechte entspringt dann die Wut auf Zugewanderte, da die eigene soziale Position als prekär oder zumindest fragil angesehen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint es eher gewinnbringend, die Verunsicherung als Ursache zu adressieren, als einzig den Zuzug noch weiter zu regulieren, was in der Praxis häufig mehr Bürokratie bedeutet.

Drittens konnte gezeigt werden, dass räumliche Zuwanderung alleine keinen klaren Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten hat, sondern eher die Armutsprägung eines Ortes. Aus den Arbeiten zu benachteiligenden Effekten armutsgeprägter Gebiete wissen wir, dass die soziale Umwelt in solchen herausfordernden Wohngebieten einen verunsichernden Effekt auf die Menschen hat, was bis hin zu Resignation und Akzeptanz abweichenden Verhaltens (vgl. Kurtenbach 2017a) reichen kann. Aus einer umweltvermittelten Differenzerfahrung erwächst u. a. Wut auf die Verantwortungsträger, welche dann bei Wahlen abgestraft werden, sofern überhaupt noch eine Beteiligung an der Wahl stattfindet. Demnach wäre eine Desegregationsstrategie zugleich ein Mittel, um die benachteiligenden Lebenswelten, welche diese Differenzerfahrungen erzeugen, aufzulösen. Allerdings sehen wir, dass die soziale Spaltung deutscher Großstädte eher zu- als abnimmt und bezahlbarer Wohnraum in der Breite verloren geht.

Vor dem Hintergrund der drei Argumente sollte eine politische Antwort auf den sich etablierenden Rechtspopulismus, vor allem im Zuge der Zuwanderung Geflüchteter, nicht im Feld der Migrationspolitik alleine liegen, sondern einen eindeutigeren sozialpolitischen Schwerpunkt beinhalten. Denn im Kern geht es darum, den Zukunftsängsten der Menschen zu begegnen, welche durch Zuwanderung und verunsichernde Situationen hervorgerufen und von Rechtspopulisten adressiert werden. Es bedarf nicht nur monetärer Leistungen, sondern auch einer weitsichtigen Regionalentwicklung, wie der Schaffung von (Fach-)Hochschulen auch außerhalb urbaner Zentren, z.B. in der Oberlausitz, und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums in allen Stadtteilen einer Stadt, was einen desegregierenden Effekt hätte. Solche gesellschafts- und regionalpolitischen Maßnahmen wirken Resignation entgegen und würden einen Beitrag dazu leisten, den Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu limitieren.

6.3 Weiterer Forschungsbedarf

Wir wissen nun mehr über die räumlichen Muster der Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien. Gleichwohl kann diese Untersuchung nicht erschöpfend sein, weshalb es sinnvoll ist, Rechtspopulismus weiterhin räumlich zu betrachten. Drei Fragen schließen sich in besonderer Weise an die hier herausgearbeiteten Ergebnisse an:

Anschlussfähigkeit von rechtspopulistischen Narrativen: Zu erkennen ist, dass der Wahlerfolg von Rechtspopulisten bestimmten räumlichen Regelmäßigkeiten folgt. Nun stellt sich die Frage, was in diesen Orten genau passiert bzw. welche Botschaften anschlussfähig sind. Zwar wurde herausgestellt, dass die Armutsprägung und die politische Prägung vor Ort einen Effekt auf das Zweitstimmenergebnis der AfD haben, unklar bleibt aber, ob auch überall dieselben Botschaften positiv bewertet werden. Das heißt, die Frage ist offen, ob z. B. Bewohner_innen einer westdeutschen Großsiedlung durch dieselben Botschaften adressiert werden wie die Bewohner_innen ostdeutscher ländlicher Regionen.

Deutung von Migration: Ein unerwartetes Ergebnis bei der Untersuchung der kleinräumigen Muster des Wahlerfolgs der AfD war der widersprüchliche Zusammenhang des Wahlerfolgs der Rechtspopulisten mit dem Ausländer_innenanteil. Danach gibt es unterschiedliche Deutungen von Migration z. B. in west- und ostdeutschen Großstädten wie Dresden und Düsseldorf. Zu vermuten ist, dass es hierbei um einen Armutseffekt geht, was jedoch in weiterführenden Studien untersucht werden sollte.

Vergleichende Fallanalysen: Die Analyse von Sozialstruktur- und Wahldaten hat den Vorteil, dass durch sie Muster identifiziert werden können. Es kann aber nicht klargestellt werden, wie genau diese Muster

zustande kommen. Diesbezüglich bedarf es vergleichender Falluntersuchungen, die sowohl ethnografisch als auch standardisiert angelegt sein können. Durch einen kontrollierten Fallvergleich auf der lebensweltlichen Ebene könnten so Konstruktionsdynamiken identifiziert werden, welche zur Wahl von Rechtspopulisten führen.

Alles in allem hat die Studie gezeigt, dass auch die Analyse räumlicher Aspekte des Rechtspopulismus eine Teilantwort darauf liefern kann, wieso und vor allem wo die AfD Zu- oder Widerspruch erfährt. Die Ziele der Studie, eine strukturierte Übersicht über den Forschungsstand zu Rechtspopulismus und Raum in Westeuropa sowie eine regionale und kleinräumige Untersuchung des Musters des Wahlerfolgs der AfD vorzustellen, wurde erreicht. Die AfD kann vor allem dort Zuspruch generieren, wo Menschen ökonomisch verunsichert sind und die lokale politische Prägung bereits von rechten Parteien mitbestimmt wird. Daraus erwachsen Vorurteile gegenüber Zugewanderten und Wut auf demokratische Eliten; beides wird von Rechtspopulisten geschürt. Die Antwort darauf kann eine sozial- und regionalpolitische sein, die sich an der Lebenswelt der Menschen orientiert, was vielversprechender ist, als allein migrationspolitische Reformen anzustreben.

Literatur

- Ajanovic, E./Mayer, S./Sauer, B. (2015): Umkämpfte Räume. Antipluralismus in rechtsextremen Diskursen in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 44(2), S. 75–86.
- Allport, G. W. (1954): *The Nature of Prejudice*, Cambridge u. a.: Addison-Wesley
- Amir, Y. (1976): The Role of Intergroup Contact in Change of Prejudice and Race Relations. In: Katz, P./Taylor, D. A. (Eds.): *Towards the Elimination of Racism*, New York: Pergamon Press, S. 245–308.
- Batel, S./Devine-Wright, P. (2018): Populism, Identities and Responses to Energy Infrastructures at Different Scales, in the United Kingdom. A Post-Brexit Reflection. In: *Energy Research and Social Science* 43, S. 41-47.
- Becker, S. O./Fetzer, T./Novy, D. (2018): What were the Determining Voting Patterns of the Brexit Referendum? In: *Wirtschaftsdienst* 98, S. 41–45.
- Bergmann, K./Diermeier, M./Niehues, J. (2017): Die AfD. Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: *Zeitschrift Für Parlamentsfragen* 48(1), S. 57–75.
- Bergmann, K./Diermeier, M./Niehues, J. (2018): Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49(2), S. 243–264.
- Biggs, M./Knauss, S. (2012): Explaining Membership in the British National Party. A Multilevel Analysis of Contact and Threat. In: *European Sociological Review* 28(5), S. 633–646.
- Blok, E.A.L. de/Meer, T.W.G.T. van der (2018): The Puzzling Effect of Residential Neighbourhoods on the Vote for the Radical Right and Individual-level Panel Study on the Mechanisms behind Neighbourhood Effects on Voting for the Dutch Freedom Party, 2010–2013. In: *Electoral Studies* 53, S. 122–132.
- Blumer, H. (1958): Race Prejudice as a Sense of Group Position. In: *The Pacific Sociological Review* 1(1), S. 3–7.
- Bowyer, B. (2008): Local context and extreme right support in England. The British National Party in the 2002 and 2003 Local Elections. In: *Electoral Studies* 27(4), S. 611–620.
- Brunner, B./Kuhn, A. (2018): Immigration, Cultural Distance and Natives' Attitudes Towards Immigrants. Evidence from Swiss Voting Results. In: *Kyklos* 71(1), S. 28–58.
- Coleman, James S. (1990): *Foundations of Social Theory*, Cambridge, Mass. u.a.: Harvard University Press.
- Dangschat, J. S./Alisch, M. (2014): Soziale Mischung – die Lösung von Integrationsherausforderungen? In: Gans, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 200–218.
- Dahlbeck, E./Neu, M. (2014): Soziale und gesundheitliche Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen (Forschung Aktuell 03/2014), Bochum: Institut Arbeit und Technik (IAT).

- David, Q./Pilet, J.-B./van Hamme, G. (2018): Scale Matters in Contextual Analysis of Extreme Right Voting and Political Attitudes. In: *Kyklos* 71(4), S. 509–536.
- Dostal, J. M. (2015): The Pegida Movement and German Political Culture. Is Right-Wing Populism Here to Stay? In: *Political Quarterly* 86(4), S. 523–531.
- Farwick, A. (2014): Behindern ethnisch geprägte Wohnquartiere die Eingliederung von Migranten? In: Schnur, O. (Hrsg.): *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 243–266.
- Fitzgerald, J./Lawrence, D. (2011): Local Cohesion and Radical Right Support. The Case of the Swiss People's Party. In: *Electoral Studies* 30(4), S. 834–847.
- Ford, R./Goodwin, M. J. (2010): Angry White Men: Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party. In: *Political Studies* 58(1), S. 1–25.
- Franz, C./Fratzscher, M./Kritikos, A. S. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. In: *DIW-Wochenbericht* 85(8), S. 135–144.
- Friedrichs, J. (2017): Quartier und Gesundheit. In: Fabian, C./Drilling, M./Niermann, O./Schnur, O. (Hrsg.): *Quartier und Gesundheit*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 41–57.
- Friedrichs, J./Leßke, F./Schwarzenberg, V. (2019): *Fremde Nachbarn*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Galster, G./Santiago, A./Stack, L./Cutsinger, J. (2016): Neighborhood Effects on Secondary School Performance of Latino and African American Youth. Evidence from a Natural Experiment in Denver. In: *Journal of Urban Economics* 93, S. 30–48.
- Gent, W. van/Musterd, S. (2016): Unintended Effects of Urban and Housing Policies on Integration. "White" Discontent in the Dutch City. In: *Geography Research Forum* 33(0), S. 64–90.
- Gent, W. van/Jansen, E. F./Smits, J. H. F. (2014): Right-ing Radical Populism in City and Suburbs. An Electoral Geography of the Partij Voor de Vrijheid in the Netherlands. In: *Urban Studies* 51(9), S. 1775–1794.
- Green, E. G. T./Sarrasin, O./Baur, R./Fasel, N. (2016): From Stigmatized Immigrants to Radical Right Voting. A Multilevel Study on the Role of Threat and Contact. In: *Political Psychology* 37(4), S. 465–480.
- Harmon, N. A. (2018): Immigration, Ethnic Diversity, and Political Outcomes. Evidence from Denmark. In: *The Scandinavian Journal of Economics* 120(4), S. 1043–1074.
- Heidbrink, I./Kurtenbach, S. (2019): Das Verhältnis von Ankunftsgebieten und innerstädtischen Wandlungsmustern. Eine Untersuchung am Beispiel der Landeshauptstadt Düsseldorf. In: *Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker* 32/1, S. 50–57.
- Heinrich G./Schoon S. (2013): Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Koschkar, M./Nestler, C./Scheele, C. (Hrsg.): *Politik in Mecklenburg-Vorpommern*, Wiesbaden: Springer VS, S. 145–167.

- Helbig, M./Jähnen, S. (2019): Die soziodemografische Entwicklung der industriell errichteten Wohnsiedlungen in 14 ostdeutschen Städten. Analysen einer Bewohnerschaft zwischen Stabilität und Wandel (Discussion Paper 2019-001, Febr. 2019), Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Heitmeyer, W. (2019): Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.
- Hüttermann, J. (2017): Flüchtige Begegnungen – Ausweichinteraktionen – Konflikte, Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) e.V.
- Jäckle, S./Wagschal, U./Kattler, A. (2018): Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern? In: Zeitschrift Für Vergleichende Politikwissenschaft 12(3), S. 539–566.
- Kersting, V./Meyer, C./Strohmeier, K.P./Terpoorten, T. (2009): Die A 40 – Der Sozialäquator des Ruhrgebiets, In: Possek, A./Wetterau, B./Schneider, H./Wessel, H.A./Wiktorin, D. (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln: Emos Verlag, S.142–145.
- Kurtenbach S. (2019): Digitale Segregation. In: Heinze, R.G./Kurtenbach, S./Üblacker, J. (Hrsg.): Digitalisierung und Nachbarschaft, Weinheim/München: Beltz Juventa, S. 117–144.
- Kurtenbach, S. (2017a): Leben in herausfordernden Wohngebieten, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kurtenbach, S. (2017b): Perceptions of Social Disorder in Public Spaces in a Disadvantaged Neighborhood. The example of Cologne-Chorweiler. In: Journal of Community Psychology (February), S. 1–17.
- Kurtenbach, S. (2018a): Ausgrenzung Geflüchteter, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kurtenbach, S. (2018b): Ergebnisse der Begleitforschung. Diversität als Herausforderung für die Kommunalen Integrationszentren NRW Kommunale, Dortmund: Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 37 – Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI).
- Lengfeld, H. (2017): Die „Alternative für Deutschland“. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69(2), S. 209–232.
- Lengfeld, H./Dilger, C. (2018): Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. In: Zeitschrift für Soziologie 47(3), S. 181–199.
- Lux, T. (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie „Die ‚Alternative für Deutschland‘. eine Partei für Modernisierungsverlierer?“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70(2), S. 255–273.
- Melcher, R. (2018): I’m still here. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 12(2), S. 365–397.
- Oberwittler, D./ Janssen, H./Gerstner, D. (2017): Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – Die überschätzte Rolle von „Broken Windows“ und die Herausforderungen ethnischer Diversität. In: Soziale Probleme 28, S. 181–205.

- Otto, A. H./Steinhardt, M. F. (2014): Immigration and Election Outcomes – Evidence from City Districts in Hamburg. In: *Regional Science and Urban Economics* 45(1), S. 67–79.
- Paluck, E. L./Shepherd, H. S. (2012): The Salience of Social Referents. A Field Experiment on Collective Norms and Harassment Behavior in a School Social Network. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 103(6), S. 899–915.
- Patzel, W.J./Klose, J. (2016): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden: Thelem.
- Pickel, S./Pickel, G. (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Quent, M./Schulz, P. (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Quillian, L. (1995): Prejudice as a Response to Perceived Group Threat. Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. In: *American Sociological Review* 60, S. 586–611.,
- Reuband, K.-H. (2019): Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen. Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in Sachsen in den Einstellungen zu Ausländern und Muslimen wider? In: *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung* 25, S. 13–27.
- Richter, C./Bösch, L. (2017): Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017, Jena: IDZ.
- Rippl, S./Seipel, C. (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2), S. 237–254.
- Rösel, F./Sonnenburg, J. (2016): Politisch abgehängt? Kreisgebietsreform und AfD-Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Ifo Dresden berichtet* 23(6), S. 1–13.
- Rydgren, J./Ruth, P. (2011): Voting for the Radical Right in Swedish Municipalities. Social Marginality and Ethnic Competition? In: *Scandinavian Political Studies* 34(3), S. 202–225.
- Rydgren, J./Ruth, P. (2013): Contextual Explanations of Radical Right-Wing Support in Sweden. Socioeconomic Marginalization, Group Threat, and the Halo Effect. In: *Ethnic and Racial Studies* 36(4), S. 711–728.
- Sampson, R. J./Raudenbush, S. W. (1999): Systematic Social Observation of Public Spaces. A New Look at Disorder in Urban Neighborhoods. In: *American Journal of Sociology* 105(3), S. 603–651.
- Sampson, R. J./Raudenbush, S. W./Earls, F. (1997): Neighborhoods and Violent Crime. A Multilevel Study of Collective Efficacy. In: *Science* 277(5328), S. 918–924.
- Savelkoul, M./Laméris, J./Tolsma, J. (2017): Neighbourhood Ethnic Composition and Voting for the Radical Right in the Netherlands. The Role of Perceived Neighbourhood Threat and Interethnic Neighbourhood Contact. In: *European Sociological Review* 33(2), S. 209–224.
- Schönwälder, K./Petermann, S./Hüttermann, J./Vertovec, S./Hewstone, M./Stolle, D./Schmid, K./Schmitt, T. (2016): Diversity and Contact, London: Palgrave Macmillan UK.

- Schröder, M. (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich (SOEPpapers 975-2018), Berlin: DWI.
- Schuermans, N./Maesschalck, F. de (2010): Fear of Crime as a Political Weapon. Explaining the Rise of Extreme Right Politics in the Flemish Countryside. In: *Social and Cultural Geography* 11(3), S. 247–262.
- Strohmeier, K./Schultz, A./Bardehle, D./Annuß, R./Lenz, A. (2007): Sozialräumliche Clusteranalyse der Kreise und kreisfreien Städte und Gesundheitsindikatoren in NRW. In: *Das Gesundheitswesen* 69(1), S. 26–33.
- Strömblad, P./Malmberg, B. (2016): Ethnic Segregation and Xenophobic Party Preference. Exploring the Influence of the Presence of Visible Minorities on Local Electoral Support for the Sweden Democrats. In: *Journal of Urban Affairs* 38(4), S. 530–545.
- Teney, C. (2012): Space Matters. The Group Threat Hypothesis Revisited with Geographically Weighted Regression. The Case of the NPD 2009 Electoral Success. In: *Zeitschrift für Soziologie* 41(3), S. 207–226.
- Terpoorten, T. (2014): Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet, Bochum: Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR).
- Üblacker, J. (2018): Gentrifizierungsforschung in Deutschland, Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress.
- Valdez, S. (2014): Visibility and Votes. A Spatial Analysis of Anti-Immigrant Voting in Sweden. In: *Migration Studies* 2(2), S. 162–188.
- Noord, J. van/Koster, W. de/Waal, J. van der (2018): Order please! How Cultural Framing Shapes the Impact of Neighborhood Disorder on Law-and-order Voting. In: *Political Geography* 64(April), S. 73–82.
- Van Ostaijen, M./Scholten, P. (2014): Policy Populism? Political Populism and Migrant Integration Policies in Rotterdam and Amsterdam. In: *Comparative European Politics* 12(6), S. 680–699.
- Vorländer, H./Herold, M./Schäller, S. (2016): PEGIDA, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Weber, H. (2015): Mehr Zuwanderer, mehr Fremdenangst? Ein Überblick über den Forschungsstand und ein Erklärungsversuch aktueller Entwicklungen in Deutschland. In: *Berliner Journal für Soziologie* 25(4), 397–428.
- Wegweiser Kommune (2019): Demographiebericht Erfurt, kreisfreie Stadt, im Vergleich mit Thüringen, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Zick, A./Küpper, B./Krause, D. (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Bonn: Dietz.

Über den Autor



Dr. Sebastian Kurtenbach

Vertretungsprofessor für Politikwissenschaften/Sozialpolitik, Schwerpunkt Kommunalpolitik und kommunale Sozialpolitik am Fachbereich Sozialwesen der FH Münster. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der sozialwissenschaftlichen Stadt-, Migrations- und Konfliktforschung.

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des für Wissenschaft zuständigen Ministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie“

Der Themenbereich stellt die wissenschaftliche Frage nach dem gesellschaftlichen Zustand einer Demokratie, in der zunehmend rechtspopulistische oder neurechte Gruppen Antworten auf soziale Fragen geben. Was ist ein rechter Populismus und wie werden Gefahren für die Demokratie bemessen? Wieviel Populismus verträgt die Stadtgesellschaft, wo wird sie beschädigt? Wie entfaltet Rechtspopulismus Wirkungen in der Gesellschaft und zu welchen Einstellungs- und Verhaltensänderungen führt er? Welchen Einfluss kann rechter Populismus auf die politische Kultur haben?

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Rechtspopulismus, soziale Frage und Demokratie des FGW ist es, die bisherigen Erkenntnisse der verschiedenen Fachdisziplinen systematisch zusammenzuführen, Leerstellen zu identifizieren, neue Forschungsfragen zu entwickeln und gemeinsame Aktivitäten sowie Vernetzung zu initiieren und zu verstetigen. Er fördert den interdisziplinären Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen in NRW und stellt hierfür Analysen und Diskussionsforen bereit, die in Praxis und politische Gestaltung überführt werden können.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:

www.fgw-nrw.de/rechtspopulismus
